SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Die militärpolitische Entwicklung in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (Teil II)

Tiller, Heinrich

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Tiller, H. (1995). *Die militärpolitische Entwicklung in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (Teil II).* (Berichte / BIOst, 27-1995). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-41863

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Die Meinungen, die in den vom bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.© 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0435-7183

Inhalt

Seite

Kurzfassung 4

Einleitung 8

1. Aspekte russischer Militärpolitik 8

1.1 Bedrohungsperzeptionen und militärpolitische Ziele 9

1.2 Konzeptionelle militärpolitische Vorstellungen 11

1.3 Der Ist-Zustand militärischer Strukturen Rußlands 14

1.4 Aktionsfelder russischer Militärpolitik gegenüber dem "Nahen Ausland" 15

1.4.1 Friedensoperationen 16

1.4.2 Stationierungspolitik 17

1.4.3 Unterstützung nationaler Militärpolitik anderer NFSU 18

2. Militärpolitische Kooperation Rußlands mit den ZAS und Armenien 19

3. Militärpolitische Annäherungsprozesse im Transkaukasus und in den westlichen NFSU 22

4. Die militärpolitischen Beziehungen der NFSU - Zeichen russischer Konsolidierung 24

5. Die Zukunft - von der militärpolitischen Vielfalt zurück zur Einheit?

.....
27
Anhang
.....
29
Summary
.....
38

4. Mai 1995

Heinrich Tiller

Die militärpolitische Entwicklung in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (Teil II)

Bericht des BIOst Nr. 27/1995

Kurzfassung

Vorbemerkung

Im ersten Teil der Untersuchung über die militärpolitische Entwicklung der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (NFSU) standen die nationalen Planungen und Aktivitäten der nichtrussischen Nachfolgestaaten im Vordergrund. Der zweite Teil wendet sich zum einen der Militärpolitik Rußlands und deren Auswirkungen auf die anderen NFSU, zum anderen den militärpolitischen Kooperationsprozessen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zu.

Ergebnisse

1. Das Ergebnis des mit dem Ende der Sowjetunion einhergehenden Zerfalls der Sowjetarmee war ein nicht nur gesellschaftlich und wirtschaftlich nach neuer Identität suchendes, sondern auch sicherheitspolitisch stark verunsichertes Rußland. Als Hauptquelle militärischer Sicherheitsbedrohungen gilt die südliche Peripherie Rußlands. Die Gefahr eines Übergreifens der zahlreichen dort ausgebrochenen oder latent vorhandenen Konflikte und Kriege steht im Vordergrund der Befürchtungen des Militärestablishments. Die NATO, offiziell nicht mehr als Feindbild definiert, ist in den Köpfen vieler Militärs, aber auch in weiten politischen Kreisen nach wie vor ein bedrohlich wahrgenommener Faktor.
2. Vorrangiges militärpolitisches Ziel Rußlands ist es dazu beizutragen, die Souveränität und territoriale Integrität des Landes zu sichern und dessen Reintegration in die internationale Politik als anerkannte Großmacht mit eigenen geopolitischen Interessen zu unterstützen. Die überwiegende Mehrheit der militärischen Führung sieht Rußland weniger als den anderen NFSU gegenüber gleichberechtigten Nationalstaat, denn als militärische Großmacht mit regionalem Dominanzanspruch. Die Militärführung, die militärpolitisch eindeutig nicht an einer möglichst multipolaren Struktur und einer Einflußnahme des Westens auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion interessiert ist, strebt nach dem Erhalt bzw. der Wiederherstellung eines gemeinsamen strategischen Raums. Die Außengrenzen der anderen NFSU werden als vorgeschobene Grenzen Rußlands betrachtet. Ein Rückzug aus den anderen Nachfolgestaaten würde in der Wahrnehmung vieler russischer Militärs anderen Mächten den strategischen Zugang nach Rußland öffnen. Rußlands Stellung als Weltmacht, die selbstbewußt und geachtet im "Konzert der Großen" mitreden kann, ist inzwischen nicht nur in den Augen vieler Militärs angesichts seiner derzeitigen

wirtschaftlichen Schwäche vorrangig nur über eine effektive Militärmacht zu gewährleisten.

3. In der Ausgestaltung seiner Militärpolitik dem "Nahen Ausland" gegenüber schlug Rußland stets einen sehr pragmatischen Weg ein und wählte für die Umsetzung seiner Interessen multi- und bilaterale, wo erforderlich und zweckmäßig aber auch unilaterale Ansätze. Inhaltlicher Schwerpunkt war neben der Eindämmung bedrohlich empfundener Krisen die faktische Konsolidierung seiner militärpolitischen Führungsposition auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion sowie deren - meist nachträgliche - rechtliche Fixierung. Hinzu trat das Bestreben, die multilaterale Integration, die Rußlands Führungsrolle auch international garantieren soll, vertraglich zu stärken.

4. Rußland setzt zur Sicherheitsvorsorge und Abschreckung jedweder Aggression auf die Erhaltung eines Kerns ständig und rasch einsetzbarer, bestmöglich und modern ausgerüsteter Streitkräfte. Schwerpunkt der Planungen des Generalstabs ist die Schaffung begrenzter militärischer Strukturen, die zu rascher Reaktion und Intervention vor allem auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion befähigt sind, und sowohl Optionen für lokale (low-intensity) als auch größere konventionelle Kriege bieten. Die Bedeutung der Nuklearwaffen ist in den strategischen Planungen Rußlands gestiegen. Moskau sieht anstelle der herkömmlichen gestaffelten Verteidigung entlang der gesamten Grenzen den Aufbau einer hoch flexiblen und beweglichen Verteidigung vor, die durch die Entwicklung und Beschaffung neuer, hochpräziser Waffen unterstützt werden soll. Hohe Priorität wird dem Aufbau "Mobiler Kräfte" eingeräumt.

5. Der Begriff Militärreform wird in der russischen Diskussion weitgehend auf seine militärisch-technische Dimension reduziert. Eine umfassende, politisch kontrollierte Militärreform, die auf die Erfordernisse abzielt, die an Streitkräfte in einem demokratischen Staatswesen zu stellen sind, wurde kaum in Angriff genommen. Verstärkt durch wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Verfallsprozesse sind die Streitkräfte Rußlands trotz teilweise intensiver Bemühungen der Militärführung in eine bedenkliche (Not-)Lage geraten. Forciert und überlagert werden alle Probleme durch die als katastrophal empfundene finanzielle Ausstattung der Streitkräfte. Diese gefährdet nicht nur die Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft - ganz zu schweigen von ambitionierten Modernisierungsvorhaben - sondern beeinträchtigt in beängstigendem Maße die soziale Lage und Motivation der Streitkräfteangehörigen. Militärisches Planen in Rußland ist vor diesem Hintergrund immer noch von einem erheblichen Mangel an fiskalischer Realität gekennzeichnet.

6. Russische Militärpolitik im "Nahen Ausland" variiert je nach politischem Partner, angestrebtem Ziel und sie umgebenden Rahmenbedingungen von Land zu Land, von Situation zu Situation. Als hauptsächliche Aktionsfelder lassen sich "Friedensoperationen", "die Stationierungspolitik" sowie die "Unterstützung nationaler Militärpolitik anderer NFSU" identifizieren. Diesbezügliche Aktivitäten Moskaus sind zum einen zweifelsohne Ausdruck des russischen Wunsches, bedrohliche, an seinen Grenzen schwelende Konflikte einzudämmen und Risiken für die Sicherheit des Landes zu begrenzen. Zum anderen betrachtet aber zumindest Rußlands Militärestablishment diese auch als Mittel, strategische Positionen und Optionen zu erhalten und letztendlich russische Truppenpräsenz und damit auch russischen Einfluß in den Regionen der ehemaligen Sowjetunion zu legitimieren.

7. Nach beinahe vier Jahren nationaler Politik sieht sich Rußland in einer militärpolitisch unumstrittenen Schlüsselrolle im Rahmen der NFSU. In seinen militärpolitischen Außenbeziehungen konsolidiert hat es sich in den meisten NFSU sowohl faktisch wie auch vertraglich vereinbart langfristig Präsenz und Einfluß gesichert. Zwischen den zentralasiatischen Nachfolgestaaten (ZAS), Armenien und Rußland ist ein Netzwerk bilateraler Vereinbarungen mit Rußland als Zentrum entstanden. Dieses militärpolitische Geflecht ist gemeinsam gewollt und auf absehbare Zeit durch eine unauflösbare Abhängigkeit von Moskau gekennzeichnet. Es befriedigt weitgehend das gemeinsame Bedürfnis der Partnerstaaten nach möglichst effektivem militärischen Schutz und bietet den nichtrussischen Vertragspartnern zudem die dringend gewünschte Hilfe beim Aufbau nationaler militärischer Strukturen bis hin zum aktiven Einsatz russischer Streitkräfte. In Rußlands Selbstverständnis war und ist eine Beschränkung seines militärpolitischen Einflusses auf die ZAS und Armenien weder militärisch noch politisch sinnvoll. Begünstigt durch die innere Zerrissenheit, die innenpolitischen Machtkämpfe und militärische Niederlagen, mit denen sich insbesondere Georgien und Aserbaidschan konfrontiert sahen, konnte Rußland gerade im Transkaukasus Chancen zur Verbesserung der eigenen militärpolitischen Positionen flexibel und konsequent nutzen. Die in der Folge spürbar verbesserten militärpolitischen Beziehungen insbesondere zu Georgien tragen wesentlich dazu bei, russische Präsenz und russischen Einfluß im Transkaukasus zu sichern und die schon ins Wanken geratene strategische Position Moskaus in der Region zu konsolidieren. Rußland konnte militärpolitisch betrachtet das Entstehen relevanter Einflußräume anderer Staaten verhindern und das Gros der NFSU an sich binden. Es hat sich faktisch einen Sicherheitspuffer um sein Kernland herum geschaffen und sich stark abhängige Verbündete auf drei entscheidenden strategischen Achsen (Belarus im Westen, Kasachstan im Osten und Georgien im Südwesten) gesichert. Zugleich hat die Konsolidierung der militärpolitischen Position Moskaus in der GUS dessen internationalen Stellenwert als Großmacht gefestigt und die Basis für ein russisch dominiertes militärisch-politisches Bündnis auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion verbessert.

8. Die nichtrussischen Nachfolgestaaten stehen militärpolitisch vor dem Dilemma, Rußland sowohl zu brauchen als ihm auch teilweise zu mißtrauen. Sie haben aber alle erkannt und akzeptiert, daß sie weder gegen, noch ohne Rußland nationale Militärpolitik betreiben können. Vor diesem Hintergrund haben sich Georgien und Belarus der Gruppe der ZAS und Armenien militärpolitisch weitgehend angenähert und suchen wie diese durch bi- und multilaterale Vereinbarungen eine enge militärpolitische Anlehnung an Rußland. Zu weitgehenden militärpolitischen Souveränitätsverzichten gezwungen versuchen sie den Spagat zwischen der unumgänglich erachteten militärpolitischen Sicherheitsgarantie durch Moskau und der Vermeidung totaler Abhängigkeit.

9. Der Kreis der weiterhin betont um militärpolitische Selbstbestimmung und Distanz zu Moskau bemühten Staaten hat sich verkleinert und beschränkt sich vorwiegend auf die Ukraine und Moldawien sowie mit Abstrichen Aserbaidschan. Auch bei diesen Staaten haben jedoch die faktischen Abhängigkeiten und eigenen Defizite zu einer Bewegung in Richtung engerer militärpolitischer Kooperation mit Moskau geführt. Vor diesem Hintergrund und angesichts der alle NFSU kennzeichnenden ökonomischen (Not-) Lage scheint der Prozeß der militärpolitischen

Konsolidierung und Annäherung an Moskau mittelfristig unumkehrbar zu werden. "Gefahren" dürften ihm auf absehbare Zeit mehr aus der ungebrochen instabilen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage Rußlands und dessen innenpolitischer Entwicklung drohen als durch eine - derzeit kaum erkennbare - Politik der nichtrussischen NFSU, sich militärpolitisch von Moskau zu lösen.

10. Trotz des von Rußland forcierten Aufbaus eines Netzwerks bilateraler Abmachungen ist die Kooperation im multilateralen Rahmen nicht tot. Es hat vielmehr den Anschein, daß Moskau bewußt "Institutionen der Hoffnung" am Leben erhält, um - sobald politisch opportun - um diese herum eine neue Allianz auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion aufzubauen. Entsprechende Konzepte sind russischerseits erarbeitet. Ihre Umsetzung ist - trotz unverkennbarer Schwierigkeiten - im Gange und scheint von der Idee einer (Re-)Integration von unten geprägt zu sein.

11. Es steht zu vermuten, daß Rußland versuchen wird, die militärpolitische Konsolidierung des GUS-Raumes - teilweise im Einklang mit anderen NFSU - weiter zu verfestigen. Neben einer möglichen horizontalen Ausdehnung der engen bilateralen Kooperation deuten jüngst abgeschlossene Abkommen mit Armenien bzw. Kasachstan auf den Beginn einer zweiten, mehr vertikal ausgerichteten Phase der Konsolidierung hin, an deren Ende vermehrt "gemeinsame" bilaterale Streitkräftestrukturen stehen könnten. Obwohl auch zukünftig die bilaterale Kooperation im Vordergrund stehen wird, zeigen sich Rußland sowie zumindest Kasachstan, Tadschikistan und Kirgistan bestrebt, den Aufbau multilateraler Strukturen voranzutreiben. Die Frage, zu welchem Ergebnis der feststellbare militärpolitische Konsolidierungsprozeß letztendlich führen wird, ist noch weitgehend offen. Eine Reintegration im Sinne einer Wiedergeburt der Sowjetarmee ohne ideologische Aspekte ist jedoch ebenso unwahrscheinlich wie eine neue Form der Integration im Sinne eines Bündnisses militärpolitisch völlig gleichberechtigter Staaten. Die Erfahrungen mit den gegenwärtig existenten militärpolitischen GUS-Gremien und deren erkennbare (russische) Planungen, das aufgebaute Netzwerk bilateraler Verträge sowie die faktischen Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse lassen trotz unverändert vorhandener Widerstände in manchen NFSU vielmehr eher eine (Re-)Integration nach dem Vorbild des Warschauer Paktes erwarten. Im Gegensatz zu diesem könnten allerdings weniger integrationsbereiten Staaten auch abgestufte Assoziationsmöglichkeiten angeboten werden. Insofern scheint eine (Re-)Integration der abgestuften Intensitäten und unterschiedlichen Geschwindigkeiten die derzeit wahrscheinlichste Entwicklungsprognose zu sein.

Einleitung

Der nach dem Zerfall der Sowjetunion von allen NFSU eingeschlagene Weg zur Etablierung nationaler Streitkräfte und militärpolitischen Selbstfindung ist noch keineswegs abgeschlossen. Kernfrage der militärpolitischen Konzeptionen aller nichtrussischen NFSU nach dem Zerfall der Sowjetarmee war und ist das Ausmaß und die Form der Kooperation mit Rußland und der GUS. Alle nichtrussischen Nachfolgestaaten standen und stehen permanent vor der Aufgabe, den Spagat zwischen militärpolitischer Abhängigkeit von Moskau auf der einen und dem Streben nach nationaler, auch militärpolitischer Souveränität auf der anderen Seite zu bewältigen. Moskau stellt unbestritten den militärpolitischen Kern auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion dar.

Vor diesem Hintergrund will die vorliegende zweiteilige Analyse einen Blick auf den Stand der militärpolitischen Entwicklungen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion gut drei Jahre nach deren Zerfall werfen. Standen dabei im ersten Teil die nationalen militärpolitischen Planungen und Entwicklungen in den nichtrussischen Nachfolgestaaten im Mittelpunkt[1], richtet der zweite Teil sein Augenmerk vorrangig auf die Militärpolitik Rußlands und deren Auswirkungen auf die anderen NFSU. Kernfragen sind, inwieweit die militärpolitischen Entwicklungen in der NFSU Kontinuität erkennen lassen und auf Desintegration, Reintegration oder eine neue Form der Integration ausgerichtet sind.

1. Aspekte russischer Militärpolitik[2]

Die militärische Ausgangslage Rußlands nach dem Zerfall der Sowjetunion war durch ein Zurückweichen seiner Staatsgrenzen nach Norden und Osten gekennzeichnet. Dadurch wurden nicht nur die Zugangsmöglichkeiten zur Ostsee sowie zum Schwarzen Meer empfindlich reduziert. Es gingen auch breite Vorfelder im Westen bzw. gegenüber der "Welt des Islam" im Süden verloren. In russischer Wahrnehmung waren damit seine Verbindungen mit dem "fernen Ausland" äußerst verwundbar geworden. Zudem sah es sich mit neuen Staatsgrenzen ohne geregelten Status und gesicherten Schutz konfrontiert. Der einheitliche strategische Raum war zerfallen, das auf dessen Sicherung ausgerichtete integrierte Verteidigungssystem zerbrochen. Wichtiges militärisches und militärisch-industrielles Potential der ehemaligen Sowjetarmee ging für Rußland verloren.[3] Parallel dazu ließ das Ende der Sowjetunion zahlreiche neue Krisen und Konflikte aufbrechen, die zu wachsenden Instabilitäten und Risiken auch an Rußlands Grenzen führten. Das Ergebnis dieser Entwicklung war ein nicht nur gesellschaftlich und wirtschaftlich nach neuer Identität

---

1 Vgl. die Darstellungen in: Heinrich Tiller, Die militärpolitische Entwicklung in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (Teil I), Berichte des BIOst, Nr. 24/1995.

2 Begrifflich liegt den Ausführungen ein Verständnis zugrunde, demzufolge Militärpolitik alle Überlegungen und Aktivitäten eines Staates umfaßt, die darauf ausgerichtet sind, als Beitrag zur Gewährleistung staatlicher Sicherheit gegen externe Bedrohungen militärische Mittel, Strukturen, Verfahren und Beziehungen zu entwickeln, bereitzustellen und zu entfalten.

3 Vgl. die Darstellungen bei Roy Allison, Military Forces in the Soviet Succesor States (Military Forces...), in: Adelphi-Paper, Nr. 280/1993. Rußlands Verteidigungsminister Pavel Graèev sprach - reichlich überzogen - davon, daß für sein Land aus dem Erbe der Sowjetarmee nur "Ruinen und Bruchstücke" übrig geblieben seien. Vgl. Krasnaja zvezda, 8.12.1992, S. 1/3.

suchendes, sondern auch sicherheitspolitisch stark verunsichertes Rußland.

1.1 Bedrohungsperzeptionen und militärpolitische Ziele

Militärpolitische Konzeptionen eines Staates sind stets davon abhängig, wie seine Führungsgruppen die Bedrohungslage wahrnehmen. In Rußland war und ist dies zwar immer noch von der Auseinandersetzung der unterschiedlichen "außen- und sicherheitspolitischen Denkschulen" beeinflußt.[1] Gerade aber in ihrer militärischen Dimension stimmen die Perzeptionen weitgehend überein.[2] Als Hauptquelle militärischer Sicherheitsbedrohungen gilt die südliche Peripherie Rußlands.[3] Die Gefahr eines Übergreifens der zahlreichen dort ausgebrochenen oder latent vorhandenen Konflikte und Kriege steht dabei im Vordergrund der Befürchtungen. Ein drohender, mit Unterstützung anderer Staaten sich nach Rußland ausbreitender islamischer Fundamentalismus und ein wahrgenommener, grenzüberschreitender Terrorismus werden mit zunehmender Sorge betrachtet. Die Durchlässigkeit der Grenzen sowie die Instabilität der neu entstandenen Staaten in dieser Region werden dabei als verschärfende Faktoren betrachtet.[4] Die Gefahr wiederaufbrechender Spannungen mit China als Folge zunehmenden Einflußstrebens und gegebenenfalls neuerlicher territorialer Forderungen Pekings wird in Rußland zwar wenig öffentlich diskutiert, stellt aber in den Augen einiger Experten eine mittelfristig mögliche, militärisch brisante Bedrohung russischer Sicherheit dar.[5] Der Westen wird als Sicherheitspartner wieder zunehmend unverhohlener mit Skepsis betrachtet. Die NATO, offiziell nicht mehr als Feindbild definiert, ist in den Köpfen vieler Militärs, aber auch in weiten politischen Kreisen nach wie vor ein als bedrohlich wahrgenommener Faktor.[6] Die Formulierungen der Militärdoktrin Rußlands, eine "Ausweitung militärischer Blöcke und Bündnisse zum Schaden der Interessen der militärischen Sicherheit der Russischen Föderation" sei eine "Quelle einer Kriegsgefahr" und

---

1 Zu den Denkschulen der "Euro-Atlantiker", der "National-Patrioten" und der "Eurasier" vgl. u.a. Heinz Timmermann, Die Außenbeziehungen Rußlands: Orientierungsprobleme, Denkschulen, Prioritäten, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 27/1993.

2 Vgl. die aufgeführten Quellen und Faktoren einer Kriegsgefahr in: Osnovnye položenija voennoj doktriny Rossijskoj Federacii (Osnovnye ...), in: Izvestija, 18.11.1993. Vgl. auch Evgenij Šapošnikov, A Security Concept for Russia, in: International Affairs, October 1993, S. 10-20; sowie die zusammenfassende Darstellung bei Dmitri W. Trenin, Rußlands Weg zur Militärmacht ersten Ranges, in: Hans-Joachim Gießmann/ Frank S. Roediger (Hrsg.), Militärische Neuordnung in Mittel-Ost-Europa, S. 205-226.

3 Vgl. I. Kobrinskaya, Russia's National Security Architecture: New Challenges, in: National Center for Strategic Initiatives (Hrsg.), European Integration and Military and Political Aspects of National Security of the Newly Independent States, Minsk 1994, S. 41 ff.

4 Vgl. die Ausführungen des Oberbefehlshabers der russischen Grenztruppen, Generaloberst Andrej Nikolaev, in: Granica (Informationsblatt des Föderationsgrenzdienstes Rußlands), Nr. 1/1994, wiedergegeben nach einer Übersetzung des Bundessprachenamtes, S. 8-15.

5 Vgl. M. Masljaev, K voprosu o voennoj bezopasnosti Rossii v Aziatsko-Tichookeanskom regione, in: Voennaja mysl', Nr. 7/1994, S. 2-6; Daniil Proektor, Konturen der russischen Sicherheitspolitik in den neunziger Jahren, Berichte des BIOst, Nr. 5/1995, insb. S. 8 f.; sowie Allison, Military Forces..., S. 79, Fußnote 10.

6 Vgl. die Studie des Auslandsaufklärungsdienstes (Služba Vnešnej Razvedki Rossijskoj Federacii), Perspektivy Rassirenija NATO i interesy Rossii, Moskau 1993, in Auszügen wiedergegeben in: Izvestija, 26.11. 1993. Diese Einschätzungen wurden auch in mehreren Erklärungen Präsident Boris El'cins, vgl. z.B. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Fernseh-/Hörfunkspiegel Ausland (FHS), 6.12.1994, S. 8, Außenminister Andrej Kozyrevs, vgl. z.B. FHS, 2.12.1994, S. 5, oder Verteidigungsminister Pavel Graèev, vgl. z.B. FHS, 10.3.1995, S. 13, deutlich. Bezeichnende Einschätzungen finden sich auch in: Heinrich Tiller, Sicherheit in Europa - Konferenzbericht, Sonderveröffentlichung des BIOst Teil I u. II, Oktober 1994.

die "Verlegung ausländischer Truppen auf das Territorium von an Rußland angrenzenden Staaten" trage als "Faktor zum Anwachsen einer Kriegsgefahr" bei[1], verdeutlichen dies. Sie sind zudem offensichtlich auch als Warnung an den Westen wie auch potentielle Einflußmächte im Süden Rußlands zu verstehen.

Nach der Verkündung der staatlichen Unabhängigkeit Rußlands wurden wiederholt Versuche unternommen, durch den Erlaß einer Militärdoktrin mehr Klarheit und Planungssicherheit für den Aufbau nationaler russischer Streitkräfte zu schaffen. Diese scheiterten jedoch bis November 1993 allesamt vorwiegend an den notorischen innenpolitischen Machtkämpfen in Moskau. Die militärische Führung Rußlands sah sich somit in der Anfangsphase nationaler Militärpolitik gezwungen, aber auch in der Lage, bei Planungen von ihren eigenen Vorstellungen auszugehen und Fakten zu schaffen.[2] Vorrangiges militärpolitisches Ziel war und ist es dazu beizutragen, die Souveränität und territoriale Integrität Rußlands zu sichern und dessen Reintegration in die internationale Politik als anerkannte Großmacht mit eigenen geopolitischen Interessen zu unterstützen.[3] Während die Außenpolitik Rußlands anfänglich von einer starken Ausrichtung auf Westeuropa und die USA gekennzeichnet war, stand für seine Militärpolitik allein schon durch die bis zum heutigen Tage weitgehend ungebrochene Präsenz russischer Truppen und Einrichtungen in den NFSU[4] von Beginn an das sogenannte "Nahe Ausland" im Brennpunkt des Interesses. Rußland will auch militärpolitisch die Voraussetzungen schaffen, seine nationalen Interessen in diesen Staaten wahren zu können.[5]

Die überwiegende Mehrheit der militärischen Führung Rußlands ist zwangsläufig von langjähriger Dienstzeit und Sozialisation in einer hegemoniale Politik betreibenden Weltmacht geprägt. Sie sieht Rußland weniger als gleichberechtigten Nationalstaat, denn als militärische Großmacht mit regionalem Dominanzanspruch.[6] Die jahrzehntelang die Politik in der Sowjetunion bestimmende Einstellung, Moskau brauche aufgrund seines Potentials und seiner Geschichte keine Kompromisse mit den kleineren ehemaligen Republiken einzugehen, scheint in den Köpfen vieler Militärs nach wie vor vorhanden zu sein. Stabilität in der Region wird als vitales russisches Interesse angesehen. Die Militärs sind militärpolitisch eindeutig nicht an einer möglichst multipolaren Struktur und einer Einflußnahme des Westens auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion interessiert. Sie streben vielmehr nach dem Erhalt bzw. der Wiederherstellung eines gemeinsamen strategischen Raums. Langfristig wollen sie den Status Rußlands als (militärische) Weltmacht, die selbstbewußt und geachtet im "Konzert der Großen" mitreden kann, wahren. Zu erreichen ist dies in der Vorstellung inzwischen nicht nur der Militärs angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Schwäche Rußlands

---

1 Vgl. die veröffentlichten Grundbestimmungen der Militärdoktrin Rußlands: Osnovnye..., a.a.O.

2 Vgl. Hans-Henning Schröder, Eine Armee in der Krise, Berichte des BIOst, Nr. 45/1993, sowie Andreas Heinemann-Grüder, Das russische Militär zwischen Staatszerfall und Nationbildung, Berichte des BIOst, Nr. 27/1993.

3 Vgl. die Erklärungen im Teil "Politische Grundlagen der Militärdoktrin", in: Osnovnye ..., a.a.O.; sowie Interview mit Andrej Kozyrev, wiedergegeben in: FHS, 15.3.1995, S. 9.

4 Vgl. Tabelle 3 im Anhang dieses Berichts.

5 Vgl. Interview des inzwischen ins Außenministerium "abgeordneten" stellvertretenden Verteidigungsministers Boris Gromov, in: Moskovskie novosti, Nr. 30/1993, S. A10. Siehe hierzu auch Andreas Heinemann-Grüder, Russisches Militär - Träger des Nationalismus?, in: Wissenschaft und Forschung, Nr. 2/1994, S. 4-9.

6 Vgl. Frank Umbach, The "Yugoslavisation" of the former Sviet Union and Western Crisis Management, Berichte des BIOst, Nr. 24/1993, insb. S. 26 ff.

vorrangig nur über eine effektive Militärmacht. Ein derartiges Denken läßt den Aufbau einer funktionsfähigen russischen Armee, die insbesondere in den Krisengebieten des "Nahen Auslands" Instrument nationaler Interessenpolitik sein kann, als zwingend erscheinen. Bei der Frage, wie die zweifelsohne vorhandenen strategischen Interessen Rußlands in der Region zu schützen seien, herrscht im militärischen Establishment weitgehend Einigkeit, daß diesbezügliche Eindämmungs- und Verteidigungsbemühungen notwendiger- und sinnvollerweise direkt auf dem Territorium der früheren Sowjetrepubliken zu erfolgen haben. Die Verteidigung in einer den eigenen Staatsgrenzen vorgelagerten "Pufferzone" stellt eine Tradierung des grundlegenden Verteidigungsgedankens der Sowjetunion seit dem Ende des 2. Weltkrieges dar. Die Außengrenzen der anderen NFSU werden als vorgeschobene Grenzen Rußlands betrachtet.[1] Ein Rückzug aus den anderen Nachfolgestaaten würde in der Wahrnehmung vieler russischer Militärs anderen Mächten den strategischen Zugang nach Rußland öffnen.[2] Zudem sei eine Beibehaltung der auf das Territorium der ehemaligen Sowjetunion ausgerichteten Verteidigungsinfrastruktur (insb. des Grenzschutzsystems sowie der Luftverteidigung) wesentlich billiger und wirkungsvoller als eine Rückverlagerung bzw. ein Neuaufbau auf russischem Gebiet.[3]

In der Ausgestaltung seiner Militärpolitik dem "Nahen Ausland" gegenüber schlug Rußland stets einen sehr pragmatischen Weg ein und wählte für die Umsetzung seiner Interessen je nach Zweckmäßigkeit multi- und bilaterale, wo erforderlich und zweckmäßig aber auch unilaterale Ansätze. Inhaltlicher Schwerpunkt war neben der Eindämmung bedrohlich empfundener Krisen die faktische Konsolidierung seiner militärpolitischen Führungsposition auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion sowie deren - meist nachträgliche - rechtliche Fixierung.[4] Hinzu trat das Bestreben, die multilaterale Integration, die Rußlands Führungsrolle auch international garantieren soll, vertraglich zu stärken.

1.2 Konzeptionelle militärpolitische Vorstellungen

Die im November 1993 erlassene Militärdoktrin bekennt sich ausdrücklich zu den Prinzipien der Kriegverhinderung und Anerkennung bestehender äußerer Grenzen sowie der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten. Sie verpflichtet sich auch zur Einhaltung internationaler Verträge. Dennoch liefert sie zugleich auch Grundlagen für die Vorbereitung etwaiger militärischer Interventionen in Nachbarstaaten unter dem Mantel des Schutzes der Rechte und Interessen russischer Staatsbürger.[5] Rußland betrachtet keine Staaten[6] losgelöst von deren konkretem Verhalten als Feind. Dennoch setzt es zur Sicherheitsvorsorge und Ab-

---

1 Dies gilt selbst für den als eher reformorientiert geltenden einzigen zivilen stellvertretenden Verteidigungsminister. Vgl. Andrej Kokošin, Rossijskaja armija gotovitsja k lokal'nim vojnam i antiterroristièeskoj dejatel'nosti, in: Segodnja, 18.2.1994, S. 9. Deutlich wird dies auch durch die Abkommen zur gemeinsamen Grenzsicherung, die Rußland mit einer Reihe anderer NFSU abgeschlossen hat. Vgl. Oleg Falièev, Interesy Rossii v bližnem zarubež'e: gde segodnja vozvodit granicu?, in: Krasnaja zvezda, 2.3.1994, S. 1, sowie Tabelle 6 im Anhang dieses Berichts.

2 Vgl. Andrej Kozyrev-Interview, wiedergegeben, in: DW Monitor-Dienst, Osteuropa, 19.1.1994, S. 2.

3 Vgl. James Sherr, Russia's Tadjikistan War, in: European Security Analyst, Nr. 27/1993, S. 1-4.

4 Deutlich macht dies insbesondere das Vorgehen Rußlands im Transkaukasus. Vgl. Harvard University (Hrsg.), "Back in the USSR" - Russia's Intervention in the Internal Affairs Of the Former Soviet Republics and the Implications for United States Policy Towards Russia, Cambridge 1994, insb. S. 9-85.

schreckung jedweder Aggression auf die Erhaltung eines Kerns ständig und rasch einsetzbarer, bestmöglich und modern ausgerüsteter Streitkräfte. Schwerpunkt der Planungen des Generalstabs ist die Schaffung begrenzter militärischer Strukturen, die zu rascher Reaktion und Intervention vor allem auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion befähigt sind und sowohl Optionen für lokale (low-intensity) als auch größere konventionelle Kriege bieten. Aufgezwungene Kriege würde Rußland nach dem Prinzip der "stategischen Defensive" führen. Die Bedeutung der Nuklearwaffen ist in den strategischen Planungen Rußlands gestiegen, da in der derzeitigen Situation, in der die konventionelle Verteidigung weitgehend desorganisiert erscheint, vorrangig diese als geeignet angesehen werden, die strategische Stabilität und militärische Sicherheit Rußlands (und seiner Verbündeten!) durch wirksame Abschreckung zu gewährleisten.[1]

Rußlands militärische Führung hat erkannt und akzeptiert, daß ein an den neuen Gegebenheiten orientierter Aufbau nationaler Streitkräfte die grundlegende Reformierung und Umstrukturierung des ererbten Potentials erfordert. Auf einen großen konventionellen Krieg ausgelegt erwiesen sich die übernommenen Kräfte und Strukturen für die neuen Anforderungen begrenzter regionaler Konflikte als wenig geeignet. Der Zwang zu kleineren, flexibler und beweglicher einsetzbaren Kräften erforderte neben Reduzierungen und Umstrukturierungen auch umfassende Truppenverlegungen in Regionen, die als besonders wichtig oder instabil anzusehen waren. Rußlands militärische Planungen sehen anstelle der herkömmlichen gestaffelten Verteidigung entlang der gesamten Grenzen den Aufbau einer hoch flexiblen und beweglichen Verteidigung vor, die durch die Entwicklung und Beschaffung neuer, hochpräziser Waffen unterstützt werden soll.[2] Die Basis sollen zum Einsatz bei lokalen Konflikten und Aggressionen geringer Intensität vorgesehene, präsente, zahlenmäßig begrenzte, grenznah dislozierte und weitgehend zu autonomen Handeln befähigte territoriale Kommandos (Deckungstruppen) bilden. Bei Konflikten mittlerer Intensität sowie zur Wahrnehmung von Sonderaufgaben (z.B. Peacekeeping) sollen diese durch hochpräsente, mobile, zentral westlich des Urals dislozierte Eingreifkräfte verstärkt werden. Für den Fall eines großen Krieges soll auf voll mobilmachungsabhängige strategische Reserven östlich des Urals zurückgegriffen werden können. Zur besseren, operativ selbständigen Führung militärischer Operationen im Falle lokal oder regional begrenzter Kriege ist die Schaffung von vier territorialen Kommandos geplant. Ein Muster dieser Struktur, die Kräfte aus verschiedenen Teilstreitkräften unter einer einheitlichen operativen Führung

---

5 "Die Unterdrückung von Rechten, Freiheiten und legalen Interessen von Bürgern der Russischen Föderation in ausländischen Staaten" wird als eine der "hauptsächlichen existenten und potentiellen Quellen einer Kriegsgefahr von außen" angesehen. Vgl. Osnovnye ..., a.a.O.

6 Von Staatengruppierungen ist in der Militärdoktrin vom November 1993 im Gegensatz zu dem Doktrinentwurf vom Mai 1992 nicht mehr die Rede!

1 Vgl. Pavel Graèev, Aktual'nye problemy stroitel'stva i podgotovki Vooružennych Sil Rossii na sovremennom tape, in: Voennaja mysl', Nr. 6/1993, S. 2-11; Igor Sergeev, Raketnye vojska strategièeskogo naznaèenija: problemy stroitel'stva i reformirovanija, in: Voennaja mysl', Nr. 6/1993, S. 12-18.

2 Zu den Strukturplanungen vgl. Allison, Military Forces..., a.a.O., S. 18-35. Vgl. auch Andrej Nikolaev, O nekotorych problemach stroitel'stva Vooružennych Sil Rossii, in: Krasnaja zvezda, 10.3.1993, S. 1 f.; Nikita Èaldimov, Reform der russischen Streitkräfte, in: Allgemeine Schweizer Militärzeitschrift, Nr. 11/1993, S. 28-30; Malcolm Mackintosh, Reform in the Russian Armed Forces, in: Jane's Intelligence Review, Nr. 12/1994, S. 534-537 sowie V.K. Demedjuk/Ju.S. Kovtunenko, Ob organizacionnoj strukture Vooružennych sil, in: Voennaja Mysl', Nr. 5/1994, S. 2-6. Deutschsprachige Übersichten finden sich u.a. in IAP-Dienst Sicherheitspolitik, Nr. 3/1993, Nr. 11/1993, Nr. 16/1993, Nr. 223-23/1993 sowie Nr. 7-8/1994.

vereint, entsteht derzeit im Bezirk Kaliningrad.[1] Hohe Priorität wird dem Aufbau "Mobiler Kräfte" auf der Basis der Luftlandetruppen Rußlands eingeräumt. Diese sollen einen operativ-strategischen Großverband bilden, der aus Elementen mehrere Teilstreitkräfte besteht. Mit dem Abschluß der Aufstellung im Jahre 1995 soll die Stärke der "Mobilen Kräfte" etwa 150-200.000 Mann betragen. Der Aufbau dieser Truppen beinhaltet auch die Schaffung geeigneter Infrastruktur einschließlich in den potentiellen Einsatzgebieten bereits vorab eingelagerter Bestände.[2] Die dem russischen Stationierungsdispositiv durch die Flankenregel des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa auferlegten regionalen Obergrenzen werden dabei als nicht mehr zeit- und sachgemäß sowie als einseitige Benachteiligung Rußlands betrachtet. Ihre Änderung wird mit zunehmendem politischen Druck und drohenden Hinweisen auf den Zwang zum Vertragsbruch zu erreichen versucht.[3]

Zur Realisierung der Streitkräftereform wurde im Mai 1992 ein Drei-Stufen-Plan ausgearbeitet. Ausgehend von einer bisher an den Widerständen des Militärs gescheiterten Neuformierung des Verteidigungsministeriums als ziviler Behörde sollte die Reorganisation der militärischen Führungshierarchien, die Umstellung auf ein neues, auf dem Dienst von Vertragssoldaten und Grundwehrdienstleistenden basierendes Mischsystem der Rekrutierung sowie die Herausbildung der neuen strategischen Schwerpunkte in den bisherigen Militärbezirken Moskau, Nordkaukasus und Fernost bis zum Jahre 2000 abgeschlossen sein. Der Streitkräfteumfang soll nach mehrmonatigen Auseinandersetzungen zwischen führenden Militärs und Jelzin nun nicht mehr wie ursprünglich geplant bis 1995 sondern bis Ende 1996 sukzessive auf 1,5 Mio. Mann reduziert werden.[4] Selbst diese Anpassung wird aber von den Militärs, deren Zielvorstellungen nach wie vor zwischen 1,7 und 2,1 Mio. Mann liegen, nur widerwillig akzeptiert.[5] Auf der Suche nach geeigneten Mitteln zur Bewältigung der eskalierenden Konflikte auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR hat Rußland 1992 begonnen, spezielle Verbände für friedenserhaltende und -schaffende Operationen zu formieren.

---

1 Diese Kommandos sollen für den Bereich "Nord", "Süd", "Ferner Osten" und "Ural-Transbaikal" gebildet werden und bis Ende 1995 einsatzbereit sein. Vgl. Interview mit Verteidigungsminister Pavel Graèev, wiedergegeben, in: SWB, SU/2140, 31.10.1994, S. S1/1 f. Der Generalstabschef, Michail Kolesnikov, hingegen hält diese Umgliederung angesichts fehlender Finanzmittel für unrealistisch. Vgl. BBC Monitoring - Summary of World Broadcasts/Former USSR (SWB), SU/2156, 18.11.1994, S. S1/6.

2 Vgl. die Ausführungen im Teil "Militärische Grundlagen der Militärdoktrin", in: Osnovnye ..., a.a.O. Vgl. auch die Interviews mit General Pavel Graèev, wiedergegeben in: SWB, SU/2158, 21.11.1994, S. S1/1 f sowie FHS, 4.7.1994, S. 14.

3 Die vereinbarten und bis November 1995 zu ereichenden KSE-Obergrenzen gestehen Rußland für die Militärbezirke Leningrad und Nordkaukasus zusammen die Stationierung von 700 Kampfpanzern, 580 gepanzerten Gefechtsfahrzeugen und 1.280 Artilleriegeschützen zu. Moskau hält jedoch aufgrund der geostrategischen Veränderungen die Stationierung von mindestens 1.100 Kampfpanzern, 3.000 gepanzerten Gefechtsfahrzeugen und 2.100 Artilleriesystemen für erforderlich. (Angegeben ist jeweils nur die Zahl der zulässigen/gewünschten aktiven, d.h. nicht in Depots eingelagerten Systeme!) Vgl. Erklärung Pavel Graèevs, wiedergegeben in: SWB, SU/2009, 13.9.1994, S. S1/2 f. sowie des russischen Generalstabschefs, Michail Kolesnikov, wiedergegeben in: SWB, SU/2123, 11.10.1994, S. S1/1. Zur Drohung mit einseitigen Maßnahmen vgl. die Erklärung des russischen Außenministeriums, wiedergegeben in: FHS, 28.12.1994, S. 17.

4 Vgl. DW-Monitordienst Osteuropa, 15.7.1994, S. 1.

5 Verteidigungsminister Pavel Graèev forderte in seiner Analyse der Tschetschenien-Operation, daß die Zahl der Soldaten in den Streitkräften nicht niedriger als 1,7 Mio. sein dürfe. Vgl. FHS, 1.3.1995, S. 5-7. Diese Forderung hat auch in politischen Kreisen Anhänger gefunden. Vgl. das Interview mit dem Vorsitzenden des russischen Föderationsrates, Vladimir Šumeiko, wiedergegeben in: FHS, 1.3.1995, S. 9 f. Bereits im August 1994 hatte Graèev 1,9 bis 2,1 Mio. Mann als Untergrenze gefordert. Vgl. SWB, SU/2082, 24.8. 1994, S. S1/2.

Diese "Peacekeeping"-Kräfte[1] sollen den zu schaffenden "Mobilen Kräften" zugeordnet und letztendlich vorrangig in Südrußland stationiert werden, wo sie sich nicht nur in Nähe der zu erwartenden vorrangigen Einsatzgebiete befänden, sondern zugleich auch eine Art Schutzwall gegen Bedrohungen aus dem Süden bilden sollen.[2]

1.3 Der Ist-Zustand militärischer Strukturen Rußlands

Rußland, unbestrittener Haupterbe der sowjetischen Streitmacht, konnte sich bei seinem militärpolitischen Neubeginn fast zur Gänze auf das Herz und Hirn der Sowjetarmee - das Verteidigungsministerium und den Generalstab - abstützen. So ist es nicht verwunderlich, daß das russische Militär, das in der Ausarbeitung und Umsetzung der Streitkräftereform politisch weitgehend allein gelassen wurde, beim Aufbau seiner Militärstrukturen großteils Planungen aufgriff, die schon zu Zeiten der Sowjetunion begonnen und nach dem Augustputsch 1991 an die drastisch veränderten Rahmenbedingungen angepaßt worden waren.[3] Der Begriff Militärreform wird in der russischen Diskussion weitgehend auf seine militärisch-technische Dimension reduziert. Eine umfassende, politisch kontrollierte Militärreform, die auf die Erfordernisse abzielt, die an Streitkräfte in einem demokratischen Staatswesen zu richten sind, wurde kaum in Angriff genommen.[4] Kernproblem bei der Umsetzung der Reformpläne war die Notwendigkeit, parallel zur raschen Rückverlegung der Truppen nach Rußland mit all seinen sozio-ökonomischen Folgeproblemen die Reduzierung, Neustrukturierung und Umdislozierung der Kräfte in Angriff zu nehmen. Verstärkt durch wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Verfallsprozesse Rußlands sind die Streitkräfte hierbei trotz teilweise intensiver Bemühungen der Militärführung in eine bedenkliche (Not-)Lage geraten. Gravierende Personalprobleme, teilweise bedrohlich abgesunkenen Disziplin und Moral in der Truppe sowie innere Zerissenheit der militärischen Führung kennzeichnen nach wie vor den Alltag des russischen Militärs. Wartungs- und Instandsetzungsprobleme, desolate bzw. gänzlich fehlende Infrastruktur sowie drastisch beschnittene Ausbildungs- und Übungsmöglichkeiten sind allgegenwärtig. Forciert und überlagert werden diese Probleme durch die alles überschattende, als katastrophal empfundene finanzielle Ausstattung der Streitkräfte.[5] Diese gefährdet nicht nur die Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der materiellen und ausbildungsbezogenen Einsatzbereitschaft - ganz zu

---

1 Zum Begriff vgl. Fußnote 38.

2 Zu den russischen Kräften für Friedensoperationen vgl. Roy Allison, Russian Peacekeeping-Capabilities and Doctrine, in: Jane's Intelligence Review, Nr. 12/1994, S. 544-547.

3 Vgl. Allison, (Military Forces...), a.a.O., S. 18-35.

4 Vgl. Vladimir Dudnik, Armija vne politiki byt ne možet. Vo vsjakom v period obšèestvennogo krizisa, in: Rossijskaja gazeta, 17.5.1994, S. 1f.; sowie Heinrich Tiller/Frank Umbach, Kontinuität und Wandel der russischen Streitkräfte unter Jelzin: Gefangene zwischen Vergangenheit und Zukunft, Berichte des BIOst, Nr. 52/1994, insb. Fußnote 117. Bezeichnend sind die nach dem Tschetschenien-Abenteuer vehement erhobenen Forderungen nach einer politisch kontrollierten Militärreform. Vgl. z.B. die Forderung Boris El'cins, wiedergegeben in: DW-Monitordienst Osteuropa, 24.2.1995, S. 1.

5 Nach Einschätzungen von Verteidigungsminister Pavel Graèev deckt der Etatentwurf für 1995 (44 Mrd. Rubel) nur etwa ein Drittel des Streitkräftebedarfs. Vgl. SWB, SU/2235, 23.2.1995, S. S1/1. Würde die Armee zudem ähnlich wie 1994 wieder nur 50% des gebilligten Budgets ausbezahlt erhalten, würde "sie einfach zusammenbrechen". Vgl. SWB, SU/2157, 19.11.1994, S. B/1. Zum Verteidigungsetat für 1994 vgl. Pavel Felgengauer, Èernyj peredel bjudžeta: VPK protiv armii, in: Segodnja, 7.6.1994, S. 3 sowie die Zusammenfassung bei Tiller/Umbach, a.a.O.

schweigen von ambitionierten Modernisierungsvorhaben - sondern beeinträchtigt in beängstigendem Maße die soziale Lage und Motivation der Streitkräfteangehörigen. Sie trägt damit im Zusammenspiel mit anderen innen- und außenpolitischen Faktoren auch zu einer weitverbreiteten Politisierung der Armee bei. Die eher als Folge ungeplanter de-facto-Reduzierungen denn geplanten Personalabbaus offiziell auf 1,9 Mio., faktisch wohl aber deutlich auf unter 1,5 Mio. Mann gesunkene Gesamtstärke der Streitkräfte hat nicht nur zu stark reduzierten Formationsstärken, sondern auch zu einer überwiegend nur geringen Einsatzbereitschaft der Verbände geführt. Derzeit dürften nur die strategischen Raketentruppen sowie einige wenige, um Moskau herum dislozierte oder zu den geplanten mobilen Eingreiftruppen gehörende Heeres- und Marineinfanterieverbände weitgehend voll einsatzbereit sein.[1] Das Bild, das die russischen Streitkräfte in Tschetschenien geboten haben, ließ dies erstmals auch einer breiten Öffentlichkeit bewußt werden.

Vor diesem Hintergrund ist militärisches Planen in Rußland immer noch von einem erheblichen Mangel an fiskalischer Realität gekennzeichnet. Dieser zeigt sich vorrangig in der mit den ökonomischen Möglichkeiten des Landes auf absehbare Zeit nicht in Einklang zu bringenden angestrebten Struktur und Größe der Streitkräfte sowie dem ambitionösen Streben nach umfassender "high-tech"-Bewaffnung. Darüber hinaus spiegelt sich die Geringschätzung ökonomischer Begrenzungen und Möglichkeiten aber auch in den ressourcenverschlingenden Streitkräfteoperationen und Stationierungsbestrebungen im "Nahen Ausland" sowie in Tschetschenien wider.[2]

1.4 Aktionsfelder russischer Militärpolitik gegenüber dem "Nahen Ausland"

Russische Militärpolitik im "Nahen Ausland" ist keineswegs einheitlich in ihren Ansätzen. Sie variiert vielmehr je nach politischem Partner, angestrebtem Ziel und sie umgebenden Rahmenbedingungen von Land zu Land, von Situation zu Situation. Als hauptsächliche Aktionsfelder las-

---

1 Zu den Problemen der russischen Streitkräfte vgl. die zusammenfassenden Darstellungen bei Hans-Henning Schröder, Eine Armee in der Krise, in: Berichte des BIOst, Nr. 45/1993; Heinrich Tiller/Frank Umbach, Kontinuität und Wandel der russischen Streitkräfte unter Jelzin: Gefangene zwischen Vergangenheit und Zukunft, Berichte des BIOst, Nr. 52/1994 sowie Franz Walter, Militärpolitik und Streitkräfteplanung Rußlands im Jahre 1994, IABG-Studienbericht B-IT 1043/01. Auch Parlamentarier machen des öfteren auf die schlechte Lage der russischen Streitkräfte aufmerksam. Vgl. z.B. die Erklärungen Sergej Jušenkovs, Vorsitzender des Verteidigungskommitees der Staatsduma, wiedergegeben in: FHS, 24.2.1995, S. 9 f., oder Viktor Iljuchins, Vorsitzender des Sicherheitskomitees der Staatsduma, wiedergegeben in: FHS, 20.2.1995, S. 30. Eine bedrückende, wenngleich auch durch politische Motive mitbestimmte Lageeinschätzung gibt auch die von Verteidigungsminister Pavel Graèev am 18.11.1994 vor der Staatsduma gehaltene Rede wieder. Vgl. SWB, SU/2158, 21.11.1994, S. B/5-9.

2 Allein die russischen "Friedenseinsätze" 1992 sollen (in Preisen von damals) 2,2 Mrd. Rubel gekostet haben. Vgl. A. Moissev, Rossijskie "Mirotvorcy": Ogon na sebja?, in: Armija, Nr. 7/1994, S. 44-48. Für 1993 sollen sich diese Kosten nach offiziellen Angaben auf 26 Mrd. Rubel, tatsächlich aber auf 90 bis 200 Mrd. Rubel belaufen haben. Vgl. FHS, 23.3.1994, S. 9 sowie John W.R. Lepingwell, The Russian Military and Security Policy in the 'Near Abroad', in: Survival, 3, 1994, S. 70-92, insb. S. 85. Die Kosten der Operation in Tschetschenien sind schwer zu ermitteln. Westliche Experten schätzten die täglichen unmittelbaren Kosten auf fünf bis sechs Millionen US-Dollar. Vgl. Gerhard Mangott, Rußlands Feldzug gegen Tschetschenien. Rückkehr zu autoritärer Ordnung, Arbeitspapiere des Österreichischen Instituts für Internationale Politik, Nr. 6/1995, S. 41. Die Kosten auf ein ganzes Jahr hochgerechnet würden 7,5 Bio. Rubel betragen. Vgl. Roland Götz, Noch ein Krieg ums Öl, in: Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 11/1995, S. 5. Russische Angaben schwanken zwischen 2,5 und 5 Billionen Rubel. Vgl. Übersicht in IAP-Dienst Sicherheitspolitik, Nr. 3/ 1995, S. 4.

sen sich "Friedensoperationen", "die Stationierungspolitik" sowie die "Unterstützung nationaler Militärpolitik anderer NFSU" identifizieren.[1]

1.4.1 Friedensoperationen

Die russischen Aktivitäten im Rahmen von Friedensoperationen im "Nahen Ausland" zeigen deutlich, daß das Vorgehen Moskaus kaum in Einklang mit den international anerkannten Standards für Peacekeeping-Operationen steht.[2] Russisches Militär ist oftmals zum Einsatz gekommen, ohne daß vorher ein Waffenstillstand implementiert worden war. Es hat somit eher als "Peacemaker" denn als "Peacekeeper" agiert. Dabei wurden die Rahmenbedingungen der angestrebten Befriedung vorrangig von russischer Seite definiert. Zudem traten die russischen Streitkräfte bei ihren "Peace-Operations" in der GUS keineswegs neutral zwischen den Konfliktparteien stehend auf, sondern als eigene, vorrangig nationale Interessen verfolgende Partei.[3] Gegenwärtig befinden sich nach offiziellen russischen Angaben etwa 20.000 Mann in den Krisengebieten Transdnjestr, Südossetien, Abchasien, Nagornyj Karabach und Tadschikistan in "Peacekeeping"-Einsätzen[4]. Deren Entsendung ist zweifelsohne Ausdruck des russischen Wunsches, bedrohliche, an seinen Grenzen schwelende Konflikte einzudämmen und Risiken für die Sicherheit Rußlands zu begrenzen. Insbesondere das Vorgehen in Transdnjestr und Abchasien macht aber auch deutlich, daß zumindest Rußlands Militärestablishment russisches "Peacekeeping" auch als Mittel betrachtet, strategische Positionen und Optionen zu erhalten und letztendlich russische Truppenpräsenz und damit auch russischen militärpolitischen Einfluß in den Regionen der ehemaligen Sowjetunion zu legitimieren.[5] Der Schutz russischer Bürger und deren Interessen ist vielstrapaziertes Rechtfertigungsargument russischer Friedensoperationen geworden[6], deren Durchführung bevorzugt genutztes Instrument nationaler Interessen- und Großmachtpolitik. Es ist Rußland durch seine "Friedensoperationen" gelungen, zumindest kurzfristig eine Reihe bewaffneter Konflikte einzudämmen. Andererseits hat es aber damit Stati quo festgeschrieben, die eine langfristige Konfliktbewältigung nicht

---

1 Diese Schwerpunkte machte auch Verteidigungsminister Pavel Graèev deutlich, als er für den Transkaukasus reklamierte: "Die russische Militärpräsenz im Transkaukasus, ob in Form von Stützpunkten, Friedenstruppen oder Spezialisten, ist ... eine dringende Notwendigkeit bei der Gewährleistung von Stabilität, Sicherheit und Frieden in der Region." Vgl. DW Monitor-Dienst Osteuropa, 13.6.1994, S. 9.

2 Insofern ist dieser Begriff zur Charakterisierung auch überwiegend ungeeignet. Zu den terminologischen Problemen bei der Verwendung der Begriffe vgl. die Gegenüberstellungen der Definitionen bei: Timothy L. Thomas, Peace Operations: The Terminology Challenge before the International Community in a Periode of Post-Cold-War Cooperation, in: Berichte des Foreign Military Studies Office, Fort Leavenworth, November/1993. Zum russischen Verständnis vgl. I.N. Vorobev, Mirotvorèeskie operacii, in: Voennaja mysl', Nr. 5/1994, S. 40-47.

3 Eine gelungene Zusammenfassung findet sich bei Roy Allison, Peacekeeping in the Soviet Successor States (Peacekeeping...), Chaillot Papers, Nr. 18/1994, insb. S. 2-11 und 22-30.

4 Der russische, für Friedenseinsätze zuständige stellvertretende Verteidigungsminister, Georgij Kondrat'ev, bezifferte im Februar 1994 die Stärke der eingesetzten russischen "Friedenstruppen" mit 16.000. Vgl. Krasnaja zvezda, 16.2.1994. Zwischenzeitlich sind noch über 3.000 Mann, die in Abchasien Dienst leisten, hinzugekommen. Vgl. V. Litovkin, Izvestija, 23.6.1994.

5 So hat z.B. Verteidigungsminister Pavel Graèev die Präsenz russischer Truppen in dem strategisch wichtigen Gebiet an der kaukasischen Schwarzmeerküste als zwingend beschrieben, um das Schwarze Meer nicht zu "verlieren". Vgl. SWB, SU/1622, 12.2.1993, S. C1/6. Allgemein vgl. Renée de Nevers, Russia's Strategic Renovation, Adelphi Paper, Nr. 289/1994, S. 51 ff.

6 Vgl. Harvard, a.a.O., S. 9 ff.

immer einfacher und zudem stets von der Rolle, dem Willen und der Präsenz Rußlands abhängig machen. Die vom Westen der "Friedenspolitik" Rußlands gewährten Freiräume haben zudem zu einer stillschweigenden Überbetonung militärischer Lösungsansätze vor politisch-diplomatischen Mitteln beigetragen, die - wie die Ereignisse in Tschetschenien zeigen - das Bewußtsein verantwortlicher Politiker und Militärs nachhaltig beeinflußt hat. Die Ansätze und Vereinbarungen eines gemeinsamen GUS-"Peacekeeping" haben vor diesem Hintergrund bisher kaum praktische Relevanz erlangt.[1] Dessen gerade durch die russische Seite erfolgte Propagierung erweckt den Anschein, neben der Aufwertung der GUS als regionaler Sicherheitsstruktur vorrangig auf die Herstellung größerer internationaler Legitimität und Anerkennung sowie eine finanzielle und militärische Lastenteilung gerichtet zu sein.

1.4.2 Stationierungspolitik

Die Präsenz russischer Truppen und Einrichtungen in den NFSU seit dem Zerfall der Sowjetunion war zwar rechtlich und politisch oftmals umstritten[2], faktisch aber ungebrochen. Im Rahmen der zunehmenden Großmacht-Rhetorik seit 1993 vermehrt öffentlich erklärt strebt Rußlands Militär nach einer Absicherung und Erweiterung dieser. Die im April 1994 in einer Direktive Jelzins angekündigten Verhandlungen zur Errichtung von etwa 30 Stützpunkten in den Nachbarstaaten[3], haben inzwischen - teilweise durch spürbares Ausspielen der russischen Dominanz im Rahmen der Konfliktbewältigung und Unterstützung des Landes - zu Abschlüssen mit Armenien und Georgien sowie erfolgversprechenden Fortschritten mit Belarus und den ZAS geführt.[4] Selbst der bisher eher widerstrebenden Ukraine scheint man bezüglich einer Einigung über eine langfristige Stationierung der russischen Teile der Schwarzmeerflotte im Lande näher gekommen zu sein.[5] Aserbaidschan dagegen ist gerade auch angesichts der sehr engen Kooperation russischer Streitkräfte mit Armenien nur zu einer, eine begrenzte Anwesenheit russischer Militärs erlaubenden Verpachtung der von Rußland beanspruchten Frühwarn-

---

1 Die von zehn GUS-Mitgliedern am 20.3.1992 unterzeichnete Übereinkunft, gemeinsame "Gruppen von Militärbeobachtern und kollektive friedensbewahrende Truppen" zu schaffen (vgl. SWB, SU/1339, 24.3.1992, S. C2/2-3) blieb bloße Deklaration. Auch die verschiedenen Übereinkünfte, gemeinsame friedenschaffende Verbände in Tadschikistan und Abchasien einzusetzen, haben kaum zur Entsendung nennenswerter nichtrussischer Truppen geführt. Vgl. Allison, (Peacekeeping...), a.a.O., S. 11 ff.

2 Die russische Militärdoktrin sprach noch im November 1993 von einer "unvollendeten Regelung des Rechtsstatus der Präsenz der Streitkräfte und anderer Truppen der Russischen Föderation außerhalb ihres Territoriums". Vgl. Osnovnye ..., a.a.O.

3 Vgl. Irina Litvinova, Rossija ne sobiraetsja sozdavat voennye bazy v Latvii, in: Izvestija, 8.4.1994, S. 3; sowie Vladimir Abarinov, Avtory dokumenta o voennych bazach v Latvii i SNG neizvestny, in: Segodnja, 9.4. 1994, S. 1.

4 Mit Georgien wurden russische Truppenstationierungen in Batumi, Achalkalaki, und nahe Tiflis vereinbart (vgl. SWB, SU/2134, 24.10.1994, S. S1/2), mit Armenien eine gemeinsame Luftwaffenbasis bei Erevan eingerichtet (vgl. SWB, SU/2143, 3.11.1994, S. S1/5), mit Belarus hat man sich auf die Verpachtung auf 25 Jahre der Basen in Baranowitschi und Wilejka verständigt (vgl. SWB, SU/2204, 18.1.1995, S. S1/3); mit Kirgistan wurde die Pacht und Nutzung bestehender Einrichtungen im Lande geregelt (vgl. SWB, SU/2192, 4.1.1995, S. S1/2), mit Kasachstan wurde über die zeitweise Stationierung russischer Truppen im Lande und die Nutzung von Testgeländen Übereinkunft erzielt (vgl. SWB, SU/2182, 19.12.1994, S. S1/1 und SU/ 2228, 15.2.1995, S. S1/1f.) und in Tadschikistan ist der Verbleib der 201. (russischen) Mot-Schützen-Division auf absehbare Zeit unumstritten (vgl. SWB, SU/2226, 13.2.1995, S. S1/2).

anlage bereit.[1] Moldawien konnte sich durch den im Oktober 1994 vereinbarten, innerhalb von drei Jahren nach Unterzeichnung durchzuführenden Rückzug der 14. Armee langfristigen russischen Stationierungswünschen auf dem Papier bisher erfolgreich entziehen.[2] Da jedoch dieser Vertrag sowohl in nationalistischen wie auch in Militärkreisen Rußlands nach wie vor sehr umstritten ist[3], und der Truppenabzug zudem an die Lösung der Frage des zukünftigen Status Transdnjestrs gebunden ist, ist es sicherlich verfrüht, bereits von einem endgültigen Triumph Moldawiens über russische Stationierungswünsche zu sprechen.

Die Motive Rußlands, seine militärische Präsenz in den anderen Nachfolgstaaten zu sichern bzw. auszubauen, sind vielfältig. Zum einen tragen diese Basen mit dazu bei, Rußlands politische, wirtschaftliche und militärische Interessen in den Regionen zu sichern und russischen Einfluß aufrecht zu erhalten. Zum anderen demonstrieren sie Rußlands Anspruch und Status als wichtige Großmacht. Militärisch ermöglichen die externen Stationierungsbasen eine raschere Reaktion Rußlands auf möglicherweise entstehende Spannungen. Sie erlauben darüber hinaus auch eine Vordislozierung militärischen Geräts und Personals - eine für einen wirksamen Einsatz der geplanten "Mobilen Kräfte" (des zukünftigen strategischen Hauptgewichts der russischen Streitkräfte) wesentliche Voraussetzung. Rußland hat durch seine Stationierungspolitik einen wichtigen Schritt zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung des einheitlichen strategischen Raumes getan. Es hat an Verteidigungsvorfeld dazugewonnen und militärische Frühwarnmöglichkeiten verbessert. Zudem sind gerade im Kaukasus die Stationierungsbestrebungen auch Ausdruck russischer Hoffnungen, die Stationierungsländer durch die Präsenz russischer Truppen zu einem teilweisen Verzicht auf die Ausschöpfung der ihnen durch den KSE-Vertrag eingeräumten Höchstgrenzen an Kriegsgerät zu bewegen. Dies würde Rußland den Ausbau seines zugestandenen Kontingents ermöglichen, ohne die vereinbarten regionalen Obergrenzen insgesamt ändern zu müssen.[4]

1.4.3 Unterstützung nationaler Militärpolitik anderer NFSU

Einer der wichtigsten und im Sinne russischer Einflußnahme wirksamsten Bereiche der militärpolitischen Beziehungen Rußlands mit den anderen NFSU ist die Unterstützung des Aufbaus nationaler militärpolitischer Strukturen. Die von Rußland gewährten Hilfen, die bis hin zum aktiven Truppeneinsatz zur Gewährleistung staatlicher Sicherheit reichen[5], sind für die nichtrussischen GUS-Staaten zwingend erforderlich und weitgehend alternativlos. Für Rußland sind sie Belastung und Chance zugleich. Der Rückgriff auf die Expertise ethnisch russischer Offi-

---

5 Vgl. SWB, SU 2224, 10.2.1995, S. D/2 und SU/2234, 22.2.1995, S. S2/1 f. Es gibt aber auch Stimmen, die eine Einigung dementieren, so der stellvertretende russische Außenminister, Jurij Dubinin, (vgl. SWB, SU/ 2241, 2.3.1995, S. S1/1) oder der Pressedienst des ukrainischen Präsidenten (vgl. SWB, SU/2238, 27.2. 1995, S. S1/2).

1 Es ist die Rede von der Frühwarnstation in Gabale. Vgl. Interview mit dem russischen Verteidigungsminister Pavel Graèev, wiedergegeben in: FHS, 13.6.1994, S. 39. Zur ablehnenden Haltung Aserbaidschans hinsichtlich weitergehender Stationierungswünsche vgl. Sochbet Mamedov, Azerbaidžan protiv sozdanija Rossijskich voennych baz na svoej territorii, in: Izvestija, 7.4.1994, S. 3.

2 Zum Abkommen vgl. Präsident Mircea Snegur, wiedergegeben in: SWB, SU/2166, 2.12.1994, S. S1/2 f.

3 Vgl. SWB, SU/2246, 8.3.1995, S. D/6 f.

4 Zur KSE-Problematik vgl. Udo Bergdoll, Rußland sieht seine Südflanke in Gefahr, in: Süddeutsche Zeitung, 31.12.1994, S. 6; Pavel Graèev, in: SWB, SU/2132, 21.10.1994, S. S1/1; sowie Vladislav Èernov, The Expansion of NATO and the Future of the CFE Treaty, Redetext anläßlich einer Konferenz in München am 30.11.1994 (im Archiv des Autors).

ziere, auf den mit Ausnahme der Ukraine und mit Abstrichen von Belarus alle Nachfolgestaaten angewiesen sind[1], sichert Rußlands Militärs nicht nur stetige Informationen über und sicherlich auch Einfluß auf den Entwicklungsprozeß der nationalen Strukturen. Er schließt auch Einflußnahmen anderer interessierter Mächte weitgehend aus. Durch russische Unterstützung langfristig erhaltbare Abhängigkeiten von Moskau bieten Gewähr, daß das russische Militär in jeder Form zukünftiger militärischer Kooperation oder Integration der NFSU die bestimmende Rolle behalten wird. Vor diesem Hintergrund liegen in der Entstehung nationaler Streitkräfte in den anderen Nachfolgestaaten durchaus auch Vorteile für Rußland. So bietet deren Existenz beispielsweise die Möglichkeit, mittelfristig einen Teil der für die Gewährleistung der Sicherheit und Stabilität der Region aufzubringenden Lasten (z.B. die personelle Rekrutierung) verteilen zu können, ohne die Kontrolle über die Entwicklung aufgeben zu müssen.

2. Militärpolitische Kooperation Rußlands mit den ZAS und Armenien

Die Gruppe der zentralasiatischen Nachfolgestaaten und Armenien sah sich angesichts breiter gemeinsamer Sicherheitsinteressen mit Rußland und ähnlicher Bedrohungsperzeptionen, aber auch aus innenpolitischen Gründen (nicht zuletzt der Regimestabilität)[2] nach anfänglichen, oftmals eher deklaratorischen Versuchen, ihre Abhängigkeit von Rußland zu verringern, rasch genötigt, sich militärpolitisch wieder eng an den mächtigsten Nachfolgestaat der Sowjetunion anzulehnen. Sie suchen aktiv nach russischen Sicherheitsgarantien sowie russischer Hilfe beim Aufbau nationaler Strukturen und betrachten Moskau eindeutig eher als Sicherheitsgarant denn als Bedrohung.[3] Mit Ausnahme Turkmenistans, das sich ausschließlich auf bilaterale Kooperation zu beschränken sucht[4], messen Armenien und die ZAS dabei neben der bilateralen Kooperation mit Rußland auch der militärpolitischen Zusammenarbeit im GUS-Rahmen große Bedeutung bei. Insbesondere Kasachstan zeigt sich nach wie vor als Triebfeder kollektiver Verteidigungsstruk-

---

5 Erwähnt sei nur der aktive Kampfeinsatz der russischen 201. Mot-Schützen-Division in Tadschikistan sowie die Aktivitäten russischer Grenztruppen zum Schutz der Außengrenzen der GUS. Grenzschutzabkommen, die eine Sicherung durch russische Kräfte vorsehen, bestehen mit Armenien, Georgien, Kirgistan und Tadschikistan. Mit Turkmenistan und Belarus wurde eine gemeinsame Grenzsicherung vereinbart, mit Kasachstan ist ein derartiges Abkommen unterschriftsreif. Mit Aserbaidschan wird - allerdings bisher ergebnislos - ebenfalls nach Formen eines gemeinsamen Grenzschutzes gesucht. Vgl. Interview mit Generaloberst Andrej Nikolaev, Oberbefehlshaber der russischen Grenztruppen, in: Granica, a.a.O., S. 11, zur russisch-kasachischen Übereinkunft die gemeinsame Erklärung der beiden Staatspräsidenten, wiedergegeben in: FHS, 23.1.1995, S. 5 sowie zur Regelung bzgl. Belarus FHS, 22.2.1995, S. 11. Zur militärisch-politischen Bedeutung der russischen Grenztruppen vgl. John W. Lepingwell, The Russian Military and Security Policy in the 'Near Abroad', in: Survival, Nr. 36/1994, S. 70-92, hier insb. S. 84.

1 Vgl. die Ausführungen bei Allison, Military Forces..., a.a.O. sowie in Teil I dieses Berichts (Berichte des BIOst, Nr. 24/1995).

2 Vgl. Uwe Halbach/Heinrich Tiller, Rußland und seine Südflanke, in: Außenpolitik, Nr. 2/1994, S. 156-165.

3 Vgl. z.B. die Äußerungen des kasachischen Präsidenten, Nursultan Nazarbaev, wiedergegeben in: FHS, 25.10.1994, S. 7 f. und 28.3.1994, S. 22 f. Vgl. auch die gemeinsame Pressekonferenz der Präsidenten zentralasiatischer Nachfolgestaaten, wiedergegeben in: FHS, 31.1.1994, S. 1 f.

4 Zu den Gründen vgl. Uwe Halbach, Integrationsbemühungen in Zentralasien, in: Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 21/1994, S. 2.

turen.[1]

Nachdem am 15. Mai 1992 in Taschkent das militärpolitische Auseinanderdriften der NFSU unübersehbar geworden war und nur Rußland, Armenien und die ZAS (ohne Turkmenistan) den Vertrag über kollektive Sicherheit unterzeichnet hatten, bildeten in der Folgezeit die Beziehungen zwischen den Unterzeichnerstaaten den Schwerpunkt militärpolitischer Kooperation auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Der Vertrag über kollektive Sicherheit legt zwar zumindest formal die Grundlagen für einen gegenseitigen Sicherheitspakt der Vertragspartner, indem er einen Angriff auf einen Unterzeichnerstaat als Angriff auf alle bewertet und in einem solchen Falle die Pflicht des notwendigen Beistands und der größtmöglichen Unterstützung einschließlich eines allerdings nicht automatisch zu erbringenden militärischen Einsatzes festschreibt[2]. In der Umsetzung blieb er aber ebenso wie die in seinem Kontext getroffenen übrigen Vereinbarungen ohne konkrete praktische Relevanz. Selbst die als möglicher Durchbruch gesehene Übereinkunft, im Rahmen des Vertrages gemeinsame "Peacekeeping"-Kräfte nach Tadschikistan zu entsenden, hat nur zu einer sehr zögerlichen, eher symbolischen und zudem immer noch nicht in Gänze eingelösten Beteiligungszusage der tadschikischen Nachbarstaaten Kasachstan, Kirgistan und Usbekistan geführt.[3] Bereits bei der angestrebten Entsendung von Truppen zur Friedenssicherung ins georgisch-abchasische Konfliktgebiet, von dem die ursprünglichen Signatarstaaten mit Ausnahme Armeniens nicht direkt betroffen waren, zeigten sich nur noch Armenien und Tadschikistan (!) bereit, nationale Truppenkontingente zu entsenden.[4]

Da der kollektive Sicherheitsvertrag so aus vielerlei Gründen nicht zu den erhofften, praktisch relevanten militärpolitischen Verbesserungen und bindenden Sicherheitsverpflichtungen geführt hat, standen alsbald in den Beziehungen zwischen den Unterzeichnerstaaten bilaterale Vereinbarungen und Kooperationen im Vordergrund. Aufbauend auf bereits im Mai 1992 abgeschlossene, grundlegende Freundschafts- und Kooperationsverträge vereinbarte Moskau - innenpolitisch durchaus nicht unumstritten[5] - mit den ZAS und Armenien eine Vielzahl militärpolitischer Abkommen zur Unterstützung und Zusammenarbeit.[6] Die Kooperationsaspekte reichen dabei von der Abstimmung der Militärdoktrinen über die gemeinsame Nutzung und Kontrolle des Luftraumes, der Militärbasen und der Verteidigungsinfrastruktur bis hin zu gemeinsamer Mobilmachung und gemeinsamen Manövern und Übungen. Jüngere Abkommen zielen vorrangig auf die russische

---

1 Dies wurde erneut während des GUS-Gipfeltreffens in Almaty am 9./10.2.1995 deutlich, bei dem sich Kasachstan zu einem der wesentlichen Fürsprecher sowohl eines bindenden Friedens- und Stabilitätspaktes als auch einer engen Integration im Bereich der Luftverteidigung und des Grenzschutzes machte. Vgl. SWB, SU/2228, 15.2.1995, S. A/1-7.

2 Zu den Vertragsinhalten sowie den Begleitvereinbarungen vgl. Boris Meissner, Das politische Paktsystem innerhalb der GUS (Paktsystem...), in: Reader Sicherheitspolitik (Beilage zur "Information für die Truppe"), Nr. 2/1995, S. 12-17.

3 Vgl. Susan L. Clark, The Russian Military in the Former Soviet Union - Actions and Motivations, in: Jane's Intelligence Review, Nr. 12/1994, S. 538-543, insb. S. 539.

4 Vgl. Clark, a.a.O., S. 540.

5 Vgl. Olga Alexandrova, Rußland und sein zentralasiatisches "nahes Ausland", in: Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 66/1994.

6 Allein 1993 unterzeichnete Rußland 72 bilaterale militärisch-politische Vereinbarungen mit anderen NFSU. Vgl. Michael R. Lucas, Russia and the Commonwealth of Independent States: The Role of the CSCE, in: Helsinki Monitor, Nr. 4/1994, S. 5-37, hier insb. S. 7.

Unterstützung beim Aufbau nationaler Streitkräfte (Ausbildungs-, personelle und technische Hilfe) sowie die rechtliche Absicherung des Aufenthaltsrechts und des Status russischer Truppen.[1] Die Idee gemeinsam geführter nationaler Truppenkontingente, wie sie bis Ende 1993 in Turkmenistan Bestand hatte, wurde inzwischen zwar in diesem Lande zugunsten einer vollständigen Nationalisierung dieser Truppenteile bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung russischer Präsenz in militärstrategisch wichtigen Bereichen (Luft- und Luftverteidigungsstreitkräfte, Grenzsicherung, Frühwarnung und Aufklärung) aufgegeben.[2] Abmachungen mit Kasachstan und Armenien[3] sowie Äußerungen russischer Militärs[4] lassen aber erkennen, daß gemeinsame Strukturen auch zukünftig ein Ziel militärpolitischer Kooperation Moskaus mit den Staaten dieser Region sein werden.

Das entstandene Netzwerk bilateraler Vereinbarungen mit Rußland als Zentrum ist bis heute bestimmende und stabile Grundlage der militärpolitischen Kooperation mit den ZAS und Armenien. Der diesem Netzwerk zugrundeliegende multinationale Rahmen des kollektiven Sicherheitsvertrages dagegen wurde zwar durch eine Reihe getroffener Vereinbarungen am Leben erhalten, es mangelt ihm aber bis zum heutigen Tage an praktischer Relevanz und klarer Entwicklungslinie.[5] Das im ehemaligen zentralasiatischen Teil der Sowjetunion entstandene, gemeinsam gewollte und auf absehbare Zeit durch eine unauflösbare Abhängigkeit von Moskau gekennzeichnete militärpolitische Geflecht befriedigt weitgehend das gemeinsame Bedürfnis der Partnerstaaten nach möglichst effektivem militärischen Schutz. Den nichtrussischen Vertragspartnern bietet es zudem die dringend gewünschte Hilfe beim Aufbau nationaler militärischer Strukturen bis hin zum aktiven Einsatz russischer Streitkräfte. Rußlands Militär garantiert es gesicherte Aufenthaltsrechte und Einwirkungsmöglichkeiten. Damit sichert es Moskau nicht nur regionalen Einfluß. Es bietet ihm auch wirksame Gegenmittel, die militärpolitische Etablierung anderer Mächte in der Region zu verhindern. Rußland ist mit der Errichtung einer faktisch begründeten, durch bi- und multilaterale Vereinbarungen abgesicherten Achse "Rußland-Armenien-ZAS" ein grundlegender erster Schritt einer horizontalen militärpolitischen Konsolidierung gelungen. Der zu zahlende Preis besteht neben einer beträchtlichen Ressourcenbindung vor allem in einer aktiven Einbindung in das Kriegsgeschehen in Tadschikistan mit dessen schwer kalkulierbaren Folgen.

---

1 Eine Übersicht über wesentliche Aspekte der bilateralen Übereinkünfte findet sich bei Meissner, a.a.O., S. 17-21. Vgl. auch Andrei Zagorski/Vladimir Egorov, Die militärisch-politische Zusammenarbeit der GUS-Staaten, in: Berichte des BIOst, Nr. 18/1993; Andrei Zagorski, Die Entwicklungstendenzen der GUS, in: Berichte des BIOst, Nr. 24/1994, sowie Tabelle 5 im Anhang dieses Berichts.

2 Vgl. Richard Woff, The Armed Forces of Turkmenistan, in: Jane's Intelligence Review, Nr. 5/1994, S. 132-135.

3 Mit Armenien wurde eine gemeinsam betriebene Jagdflugzeugbasis errichtet, die von russischen Militärs als "Prototyp von Koalitionsstreitkräften" bezeichet wird. Vgl. SWB, SU/2192, 4.1.1995, S. S1/2. Rußland und Kasachstan haben sich für 1995 auf die Schaffung vereinter Truppenteile auf der Basis gemeinsamer Einsatzplanungen, Ausbildung, Bewaffnung und Ausrüstung geeinigt. Hinsichtlich der Art der "Vereinigung" bezeichnet der kasachische Generalstabschef, Alibek Kasymov, das "NATO-Modell" als das attraktivste, das "Warschauer Pakt-Modell" als das naheliegendste. Vgl. SWB, SU/2228, 15.2.1995, S. S1/1 f.

4 Vgl. z.B. die Äußerungen des Leiters des Stabes zur Koordinierung der militärischen Zusammenarbeit der GUS, Viktor Samsonov, wiedergegeben in: FHS, 22.7.1994, S. 16, oder des Sekretärs des Rates der Verteidigungsminister der GUS, Leonid Ivašov, wiedergegeben in: FHS, 5.12.1994, S. 33.

5 Vgl. hierzu Boris Meissner, Die GUS zwischen Integrationsplänen und Krisenerscheinungen, in: Osteuropa, Nr. 9/1994, S. 833-854.

3. Militärpolitische Annäherungsprozesse im Transkaukasus und in den westlichen NFSU

Den militärpolitischen Gegenpol zu dieser Staatengruppe bildeten lange Zeit die Ukraine, Moldawien, Georgien und Aserbaidschan. Diese Staaten setzten nach dem Zerfall der Sowjetunion bewußt auf Abgrenzung zu Moskau und den militärpolitischen Aktivitäten der GUS. Sie versuchten, ihre militärpolitischen Interessen durch eine Betonung nationaler Eigenständigkeit und die Suche nach Kooperationspartnern außerhalb der GUS zu gewährleisten.[1] In Rußlands Selbstverständnis war und ist jedoch eine Beschränkung seines Einflusses auf die ZAS und Armenien weder militärisch noch politisch sinnvoll. Gerade der Transkaukasus mit seinen vielfältigen national-territorialen Konflikten und politischen Instabilitäten ist in der russischen Bedrohungsperzeption die Region größter militärischer Risiken.[2] Zudem drohten die lodernden Konflikte in Georgien und um Nagornyj Karabach über ein von Georgien, Aserbaidschan und teilweise auch Armenien angestrebtes internationales Krisenmanagement zur möglichen Brükke westlicher Einflußnahme zu werden.[3] Angesichts dessen galt es für Rußland, Rolle und Einfluß als europäische und asiatische militärpolitische Großmacht zu untermauern und den Transkaukasus gegen Einflußnahmeversuche anderer Regionalmächte abzusichern. Die russische Außen- und Sicherheitspolitik bekannte sich spätestens ab Mitte 1993 zunehmend offener und deutlicher zu Großmachtanspruch und regionalem Vormachtstreben. Sie begann, das "Nahe Ausland" als Schwerpunkt russischen Sicherheitsinteresses zu definieren und ließ den Anspruch auf die Rolle als regionale Ordnungsmacht immer unverhohlener spürbar werden.[4] Wenngleich dies sicherlich sehr willkommene und innenpolitisch hilfreiche "Begleitmusik" der militärpolitischen Entwicklungen war, war es nicht deren vorrangiger Auslöser. Vielmehr haben innere Zerrissenheit, innenpolitische Machtkämpfe und die militärischen Niederlagen in Abchasien und Nagornyj Karabach gerade Georgien, aber auch Aserbaidschan gezwungen, aktiv nach russischer militärpolitischer Unterstützung zu suchen.[5] Diese Staaten - und zu Teilen auch Moldawien - begannen zunehmend deutlicher zu spüren, daß sie allein mit nationalen Mitteln nicht in der Lage sein würden, die ihre territoriale Integrität bedrohenden Konflikte zu beherrschen und in ihrem Sinne zu beenden. Diese Einsicht ist zum einen Ergebnis der gravierenden innenpolitischen und militärischen Schwächen dieser Staaten, zum anderen aber auch Folge gezielter russischer Politik. Im Rahmen direkter und indirekter Einflußnahmen sowie eines Wechselspiels gezielter Hilfszusagen bzw. Hilfsverweigerungen Rußlands haben diese Krisen einen Punkt erreicht, an dem sowohl politische als auch militärische Begrenzungs- und Lösungs-

1 Vgl. Zagorski/Egorov, a.a.O., sowie Zagorski, a.a.O.

2 Vgl. Jed C. Snyder, Russian Security Interests on the Southern Periphery, in: Jane's Intelligence Review, 12, 1994, S. 548-551.

3 Zu Georgiens Bemühen um internationales Engagement, vgl. SWB, SU/1755, 31.7.1993, S. B/9; SU/1781, 31.8.1993, S. A 1/2 und SU/1911, 2.2.1994, S. F/5. Zu den Bestrebungen Aserbaidschans vgl. FHS, 27.10. 1993, S. 17 und FHS, 31.10.1994, S. 22. Zu den Wünschen Armeniens vgl. SWB, SU/2116, 3.10.1994, S. F/1.

4 Präsident Boris Jelzin hat diesbezügliche Ansprüche mit seiner Rede vor der 'Bürgerunion' am 28.2.1993 erstmals in den Stand offizieller Regierungspolitik erhoben. Vgl. SWB, SU/1634, 2.3.1993, S. B/1-3. Zur außenpolitischen Entwicklung allgemein, vgl. Neil Malcolm, The New Russian Foreign Policy, in: The World Today, Februar 1994, S. 28-32.

5 Vgl. Uwe Halbach, "Failing States"? Nationale, staatliche und ökonomische Festigkeit der südlichen GUS-Länder (Teil II), Berichte des BIOst, Nr. 21/1994, S. 18 ff.

versuche unumstößlich von russischer Hilfeleistung abhängig sind.

Gerade die Ereignisse im Transkaukasus haben gezeigt, daß Rußland in Verfolgung seiner nationalen Interessen bereit und auch in der Lage ist, Chancen zur Verbesserung der eigenen militärpolitischen Positionen flexibel und konsequent zu nutzen, ja diese, wie im Abchasienkonflikt gesehen, sogar erst herbeizuführen.[1] Gerade im Transkaukasus hat sich die Verfolgung dieser pragmatischen, auch unilateral Fakten schaffenden Politik für Rußland ausgezahlt. *Georgien* und *Aserbaidschan*, bis dato vehement gegen enge militärpolitische Kooperation im GUS-Rahmen, haben nicht nur den Beitritt zum Vertrag über kollektive Sicherheit vollzogen[2], sondern diesen ganz nach zentralasiatischem Vorbild auch durch bilaterale militärpolitische Abkommen mit Rußland untermauert und ergänzt. Dabei scheint es Aserbaidschan, an dessen innenpolitischem Machtwechsel Moskau nicht unbeteiligt gewesen sein soll[3], derzeit noch zu gelingen, als Gegenleistung für militärische Aufbauhilfe Rußland die Nutzung einer bestehenden Frühwarnanlage im Lande auf Pachtbasis zu gestatten, sich weitergehenden Stationierungswünsche aber erfolgreich zu widersetzen. Georgien hingegen mußte als Preis für die russische Befriedung Abchasiens eine folgenschwere Renaissance und Festigung russischen Einflusses und russischer Militärpräsenz im Lande hinnehmen. Innerhalb der politischen und militärischen Führung Georgiens gibt man sich inzwischen keinerlei Illusionen darüber hin, daß russische Präsenz im Lande derzeit nicht nur für die Lösung des Abchasienkonflikts und damit die äußere und innere Sicherheit Georgiens unverzichtbar ist, sondern russische Hilfe und Kooperation auch für den Aufbau einer schlagkräftigen georgischen Armee notwendige Voraussetzung ist. Die vereinbarte langfristige Stationierung russischer Truppen in Georgien und Armenien trägt wesentlich dazu bei, russische Präsenz und russischen Einfluß im Transkaukasus zu sichern und die schon ins Wanken geratene strategische Position Moskaus in der Region zu konsolidieren.

Innenpolitische Machtwechsel waren es auch, die in Belarus sowie in der Ukraine einer pragmatischeren Politik die Tür geöffnet und eine militärpolitische Annäherung an Moskau erleichtert haben. Gerade in der *Ukraine* ist mit dem Amtsantritt Präsident Leonid Kutschmas die Verbesserung auch der militärpolitischen Beziehungen zu Rußland und der GUS eine Aufgabe hoher Priorität geworden.[4] Die ukrainische Militärpolitik und auch in gewissem Maße die Moldawiens scheint zusehends von dem sie lange Zeit kennzeichnenden Antagonismus abzugehen und verstärkt darauf abzuzielen, pragmatischer und ideologiefreier nationale Interessen in gemeinsame Vereinbarungen einzubringen. Weiterhin werden jedoch vorerst alle Ansätze blockiert, die eine Beeinträchtigung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität befürchten lassen könnten. Militärpolitische Kooperation wird vorrangig auf das Gebiet der Militärtechnologie und der gemeinsamen Luftverteidigung (Ukraine) bzw. auf den für 1997 vereinbarten russischen Truppenabzug (Moldawien) begrenzt. Gemeinsame militärische Aktionen oder gar ein militärisches Bündnis stehen für die Ukraine wie

---

1 Vgl. Harvard, a.a.O., S. 45-60.

2 Der Beitritt Georgiens wurde am 9.10.1993 verkündet und am 9.12.1993 vollzogen. Aserbaidschan trat nach der Ankündigung vom 7.9.1993 am 24.12.1993 offiziell wieder der GUS bei. Vgl. Meissner, Paktsystem..., a.a.O., S. 10 f. und 17.

3 Vgl. Thomas Goltz, Letter from Eurasia: The Hidden Russian Hand, in: Foreign Policy, Nr. 92/1993, S. 92-116.

4 Vgl. Taras Kuzio, Ukraine since the Elections - From Romanticism to Pragmatism, in: Jane's Intelligence Review, 12, 1994, S. 567-571.

auch *Moldawien* nach wie vor völlig außer Frage.[1] *Belarus* hat sich seit seiner Unabhängigkeit zwar formal ebenfalls zu einer Politik der bewaffneten Neutralität bekannt und multilaterale Kooperations- und Integrationsbemühungen lange Zeit weitgehend ablehnt, faktisch jedoch gerade militärpolitisch stets enge Beziehungen zu Rußland aufrecht erhalten. Der nach zeitweiligen innenpolitischen Widerständen der nationalen Kräfte Ende 1993 vollzogene Beitritt zum Vertrag über kollektive Sicherheit sowie die vereinbarten langjährigen Nutzungsrechte zweier militärischer Einrichtungen im Lande durch russische Truppen[2] signalisieren eine nun auch formale Bekräftigung der engen militärpolitischen Union mit Rußland. Diese hat durch die am 21.2.1995 unterzeichneten Dokumente "über Freundschaft, gutnachbarliche Beziehungen und Zusammenarbeit" sowie einen gemeinsamen Grenzschutz eine weitergehende Vertiefung und Abrundung erfahren.[3] Äußerungen des neugewählten Präsidenten Lukaschenko, er wolle die militärische Annäherung an Rußland beschleunigen, da dies sowohl für die Sicherheit des Landes wie auch den Aufbau nationaler Streitkräfte "lebensnotwendig" sei, sprechen eine deutliche Sprache.[4] Fast schon folgerichtig zog das Staatsoberhaupt auch öffentlich den neutralen Status seines Landes in Zweifel und sprach sich für die Schaffung eines neuen Systems für die staatliche Sicherheit aus. Hierzu werde er eine neue Militärdoktrin erarbeiten lassen.[5]

Mit der Stärkung und vertraglichen Absicherung seines militärpolitischen Einflusses und seiner strategischen Position im Transkaukasus sowie in Belarus ist Rußland eine wichtige Ausdehnung der zentralasiatischen Achse nach Westen gelungen. Seine Politik militärpolitischer Konsolidierung hat eine wirksame Fortsetzung erfahren.

4. Die militärpolitischen Beziehungen der NFSU - Zeichen russischer Konsolidierung

Die militärpolitische Landkarte des Gebiets der ehemaligen Sowjetunion zeigt nach beinahe vier Jahren nationaler Politik ein recht deutliches Bild. *Rußland* sieht sich in einer unumstrittenen Schlüsselrolle im Rahmen der NFSU. In seinen militärpolitischen Außenbeziehungen konsolidiert hat es sich in den meisten NFSU sowohl faktisch wie auch vertraglich vereinbart langfristig Präsenz und Einfluß gesichert. Letzterer basiert auf den Säulen langfristig bilateral abgesicherter Stationierung nationaler russischer Truppen und Einrichtungen im Lande, weitgehender Abhängigkeit beim Aufbau nationaler militärpolitischer Strukturen von Rußlands Hilfe sowie multilateraler Kooperation im Rahmen des Vertrags über kollektive Sicherheit. Rußland, das den Aufbau nationaler Streitkräfte als politisch unvermeidbar akzeptiert hat, scheint diesen inzwischen als geeignetes Mittel zu betrachten, über langfristig zu konservierende Abhängigkeiten eine Stärkung eigener Positionen bei gleichzeitig möglicher Kostenreduzierung und Lastenteilung zu erreichen. Die ambivalenten "friedensschaffenden" Einsätze russischer Truppen sind als wirksames, international weitgehend gebilligtes Einflußinstrumentarium Bestandteil dieser

1 Vgl. Teil I dieses Berichts (Berichte des BIOst, Nr. 24/1995, Kap 2.2).
2 Belarus stimmte am 6.1.1995 einer Verpachtung der militärischen Einrichtungen in Baranowitschi und Wilejka an Rußland für 25 Jahre zu. Vgl. SWB, SU/2204, 18.1.1995, S. S1/2 f.
3 Vgl. Belinform-Meldung, wiedergegeben in: FHS, 22.2.1995, S. 11.
4 Vgl. die Wiedergabe der Rede des weißrussischen Präsidenten, in: FHS, 24.2.1995, S. 20.
5 Vgl. FHS, 24.2.1995, S. 23.

Strategie. Rußland konnte militärpolitisch betrachtet das Entstehen relevanter Einflußräume anderer Staaten verhindern und das Gros der NFSU an sich binden. Es hat nicht nur seine Präsenz und Einflußmöglichkeiten in den für die Sicherheit und äußere Stabilität des Landes zentralen Regionen an seinen Südgrenzen gefestigt, sondern auch wichtige Schritte zur Wiederherstellung eines einheitlichen strategischen Raumes getan. Zudem hat es durch eine weitgehend möglich gebliebene Sicherung Rußlands an den (vorgelagerten) GUS-Grenzen strategisches Vorfeld hinzugewonnen. Rußland hat sich faktisch einen Sicherheitspuffer um sein Kernland herum geschaffen und sich stark abhängige Verbündete auf drei entscheidenden strategischen Achsen (Belarus im Westen, Kasachstan im Osten und Georgien im Südwesten) gesichert. Durch die akzeptierte Abhängigkeit jeder regionalen Konfliktlösung von Rußland hat Moskau nicht nur militärische und sicherheitspolitische Abhängigkeiten verstärkt. Es hält zudem einen wirksamen Ansatzpunkt für die Ausübung politischen und militärischen Drucks in Händen, der ihm die Wahrnehmung der beanspruchten Rolle als regionaler Ordnungsmacht erleichtert. Zugleich hat die Konsolidierung der militärpolitischen Position Moskaus in der GUS dessen internationalen Stellenwert als Großmacht gefestigt und die Basis für ein russisch dominiertes militärisch-politisches Bündnis auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion verbessert. Obwohl mit der Annäherung der NFSU an Rußland für dieses auch Einspareffekte verbunden sind (z.B. Nutzung bestehender Grenzschutz- und Luftverteidigungseinrichtungen, Verzicht auf Kasernenneubauten) bringt die russische Politik der mitunter auch gewaltsamen Konsolidierung beträchtliche zusätzliche Belastungen für die Ressourcen des Landes, die es zusehends zu überfordern und auch innenpolitisch zu destabilisieren drohen.

Die nichtrussischen Nachfolgestaaten stehen militärpolitisch vor dem Dilemma, Rußland sowohl zu brauchen als ihm auch teilweise zu mißtrauen. Sie haben aber alle erkannt und akzeptiert, daß sie weder gegen noch ohne Rußland nationale Militärpolitik betreiben können. Vor diesem Hintergrund haben sich *Georgien* und *Belarus* der Gruppe der *ZAS* und *Armenien* militärpolitisch weitgehend angenähert und suchen wie diese durch bi- und multilaterale Vereinbarungen eine enge Anlehnung an Rußland. Zu weitgehenden militärpolitischen Souveränitätsverzichten gezwungen versuchen sie den Spagat zwischen der unumgänglich erachteten Sicherheitsgarantie durch Moskau und der Vermeidung totaler Abhängigkeit. Versuche letztere durch bi- oder multilaterale Abmachungen mit Staaten/Gruppierungen außerhalb der GUS (z.B. im Rahmen des NATO-Kooperationsprogramms "Partnerschaft für den Frieden") zu mindern, haben bislang nur wenig Erfolg gezeitigt. Eine spürbare westliche Zurückhaltung, die oftmals in der Sorge begründet liegt, die Position der reformorientierten Kräfte in Rußland zu schwächen, ist einer der Gründe dafür.

Der Kreis der weiterhin betont um militärpolitische Selbstbestimmung und Distanz zu Moskau bemühten Staaten hat sich verkleinert und beschränkt sich vorwiegend auf die *Ukraine* und *Moldawien* sowie mit Abstrichen *Aserbaidschan*. Auch bei diesen Staaten haben jedoch die faktischen Abhängigkeiten und eigenen Defizite zu einer Bewegung in Richtung einer engeren militärpolitischen Zusammenarbeit mit Moskau geführt. Vor diesem Hintergrund und angesichts der alle NFSU kennzeichnenden ökonomischen (Not-) Lage scheint der Prozeß der militärpolitischen Konsolidierung und Annäherung an Moskau mittelfristig unumkehrbar zu werden. "Gefahren" dürften ihm auf absehbare Zeit mehr aus der ungebrochen instabilen gesellschaftlichen und

wirtschaftlichen Lage Rußlands und dessen innenpolitischer Entwicklung drohen als durch eine - derzeit kaum erkennbare - Politik der nichtrussischen NFSU, sich militärisch und sicherheitspolitisch von Moskau zu lösen.

Trotz des von Moskau forcierten Aufbaus eines Netzwerks bilateraler Abmachungen, das direktere Einflußnahme und effektivere Umsetzung verspricht, ist die Kooperation im multilateralen Rahmen nicht tot. Die Aktivitäten und Verlautbarungen Moskaus in Verbindung mit teilweise gleichgerichteten Interessen anderer NFSU erwecken vielmehr den Anschein, daß Rußland den "Rat der Verteidigungsminister" und den "Vereinten Stab zur Koordinierung der militärpolitischen Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten der GUS" bewußt als "Institutionen der Hoffnung" am Leben erhält, um - sobald politisch opportun - um dieses herum eine neue Allianz auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion aufzubauen. So sieht beispielsweise Präsident Boris Jelzin nicht nur keine Alternative zu einem auf Integration gerichteten Kurs. Er hält vielmehr 1995 für das Jahr, in dem der Durchbruch zur praktischen Integration vollzogen werden muß.[1] Auch für den Verteidigungsminister Pawel Gratschow ist es unstrittig, daß sich die GUS zu einer Verteidigungsunion entwickeln muß.[2] Den aus russischer Sicht dabei einzuschlagenden Weg verdeutlicht ein von Generaloberst Wiktor Samsonow, Leiter des Vereinten Stabes zur Koordinierung der militärpolitischen Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten der GUS, vorgestelltes "Drei-Etappen-Konzept".[3] In der ersten Etappe soll der Aufbau der nationalen Streitkräfte abgeschlossen und der rechtliche Rahmen für die Zusammenarbeit entwickelt werden. Die Aufstellung von Koalitionstruppen soll die zweite Phase kennzeichnen. Schwerpunkt sei dabei die Schaffung eines gemeinsamen Luftverteidigungssystems. Der dritten Etappe bliebe dann der Aufbau vereinter Streitkräfte und die Ausgestaltung einer Verteidigungsunion vorbehalten. Nachdem im Bereich der gemeinsamen Luftverteidigung formal wie auch faktisch spürbare Fortschritte erzielt worden sind[4], kündigte der Sekretär des Rates der GUS-Verteidigungsminister, Generalleutnant Leonid Iwaschow, als nächsten Integrationsschritt die Errichtung von vier "regionalen Zonen der kollektiven Sicherheit" an. Im Falle einer Aggression gegen einen Staat einer Zone sollten alle übrigen Staaten dieser dem Angegriffenen militärisch zu Hilfe kommen. Hierfür seien gemeinsame Einsatzgrundsätze zu schaffen, gemeinsame Planungen voranzutreiben und auch Ausbildungs- und Übungsvorhaben gemeinsam durchzuführen. Zusätzlich soll ein Komitee der Stabschefs der Mitgliedsstaaten als neues militärpolitisches Führungsorgan der GUS geschaffen werden.[5]

---

1 Vgl. FHS, 13.2.1995, S. 11.

2 Vgl. FHS, 21.7.1994, S. 11.

3 Vgl. Interview mit Generaloberst Samsonov, wiedergegeben in: FHS, 22.7.1994, S. 16.

4 Formal haben sich während des Gipfeltreffens in Almaty (10.2.1995) angeblich alle GUS-Mitglieder mit Ausnahme von Moldawien und Aserbaidschan "grundsätzlich" auf die Schaffung eines gemeinsamen Luftverteidigungssystems geeinigt. Vgl. SWB, SU/2232, 20.2.1995, S. A/2. Einer kasachischen Quelle zufolge sollen aber auch Belarus und Turkmenistan Einwendungen vorgetragen haben. Vgl. SWB, SU/2232, 20.2. 1995, S. A/1.

5 Vgl. FHS, 15.2.1995, S. 26 f. Die Zonen sollen sich auf die neun Teilnehmerstaaten des Vertrages über kollektive Sicherheit erstrecken. Die Ukraine, Moldawien und Turkmenistan würden fallweise mit diesen zusammenarbeiten. Die westliche Zone soll sich aus Belarus, der Region Kaliningrad sowie dem Smolensker Gebiet zusammensetzen. Die kaukasische Zone werde Aserbaidschan, Armenien, Georgien sowie die nordkaukasischen Republiken Rußlands umfassen. Zur zentralasiatischen Zone solle Kirgistan, Tadschikistan, Usbekistan sowie im Rahmen einer fallweisen Kooperation Turkmenistan gehören. Die östliche Zone schließlich umfaßt Kasachstan, Rußland und einen Teil Kirgistans.

5. Die Zukunft - von der militärpolitischen Vielfalt zurück zur Einheit?

Das gelungene Fortschreiten der russisch dominierten militärpolitischen Kooperation, die Art der geschlossenen Verträge sowie die aufgezeigten Erklärungen russischer Politiker und Militärs lassen vermuten, daß Rußland versuchen wird, die militärpolitische Konsolidierung des GUS-Raumes - teilweise im Einklang mit anderen NFSU - weiter zu verfestigen. Neben einer möglichen horizontalen Ausdehnung der engen bilateralen Kooperation deuten die jüngst abgeschlossene Abkommen mit Armenien bzw. Kasachstan auf den Beginn einer zweiten, mehr vertikal ausgerichteten Phase der Konsolidierung hin, an deren Ende vermehrt "gemeinsame" bilaterale Streitkräftestrukturen stehen könnten. Inwieweit eine stärkere Einbeziehung der Ukraine, Moldawiens und Aserbaidschans in diese Prozesse gelingen wird, hängt im wesentlichen von den innenpolitischen und vor allem ökonomischen Entwicklungen in diesen Staaten wie auch in Rußland ab. Darüber hinaus wird auch das "Ob" und "Wie" westlicher Reaktion auf militärpolitische Unterstützungsersuchen der nichtrussischen NFSU Auswirkungen auf den Prozeß der weiteren militärpolitischen Entwicklung auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion haben. Dies gilt auch für westliche Antworten auf mögliche Versuche Rußlands, militärpolitische Interessen unilateral durchzusetzen. Ob hierbei die in Moldawien, in Georgien und zuletzt auch im Kampf um Tschetschenien Moskau weithin gewährte Handlungs- und Rechtfertigungsfreiheit die richtigen Zeichen gesetzt hat, ist mehr als fraglich.

Obwohl auch zukünftig die bilaterale militärpolitische Kooperation im Vordergrund stehen wird, zeigen sich sowohl Rußland als auch zumindest Kasachstan, Tadschikistan und Kirgistan bestrebt, den Aufbau multilateraler Strukturen voranzutreiben. Während die nichtrussischen Staaten wohl hoffen, durch einen multilateralen Rahmen russische Dominanz wirksamer als in bilateralen Vereinbarungen möglich begrenzen zu können, sind Moskaus Beweggründe eher in der angestrebten internationalen Rolle zu suchen. Die Schaffung einer beispielsweise als Pendant zur NATO anerkannten GUS-Sicherheitsstruktur würde Rußlands Stellung als global anerkannte Großmacht verbessern und festigen. Als regionaler Bestandteil einer zukünftigen europäischen Sicherheitsstruktur wäre sie zudem geeignet, die Handlungsfreiheit Rußlands auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion zu erhöhen und international abzusichern. Dies böte auch Möglichkeiten, die von Rußland angestrebte internationale finanzielle Unterstützung für das Krisenmanagement in der Region zu erhalten ohne die Kontrolle über dieses abgeben zu müssen.[1]

Während der Sekretär des Rats der Verteidigungsminister der GUS, Leonid Iwaschow, schon Ende 1994 befriedigt feststellte, man sei auf dem Weg des weiteren Ausbaus kollektiver Sicherheitsstrukturen inzwischen von theoretischen Diskussionen zu praktischen Taten übergegangen und dürfe begründet hoffen, in zweieinhalb bis drei Jahren ein effektives Verteidigungsbündnis zu schaffen[2], lassen die Ereignisse beim Gipfeltreffen der GUS-Staatspräsidenten in Almaty im Februar 1995 Zweifel an dieser Einschätzung aufkommen. Trotz ambitionierter, insbesondere von Kasachstan propagierter Zielsetzungen konnten letztendlich nur wenige, zudem wieder einmal relativ

---

1 Zur Forderung nach finanzieller Unterstützung, vgl. die Erklärung Andrej Kozyrevs, wiedergegeben in: SWB, SU/2169, 3.12.1994, S. B/10.

2 Vgl. FHS, 5.12.1995, S. 33.

unverbindliche Übereinkünfte erzielt werden[1]. Insofern ist die Frage, zu welchem Ergebnis der feststellbare militärpolitische Konsolidierungsprozeß letztendlich führen wird, noch weitgehend offen. Eine Reintegration im Sinne einer einheitlich von Moskau aus gesteuerten, alle nationalen Strukturen verschmelzenden Militärmacht, also quasi einer Wiedergeburt der Sowjetarmee ohne ideologische Aspekte, ist jedoch ebenso unwahrscheinlich wie eine neue Form der Integration im Sinne eines Bündnisses militärpolitisch völlig gleichberechtigter Staaten. Die Erfahrungen mit den gegenwärtig existenten militärpolitischen GUS-Gremien und deren erkennbare (russische) Planungen, das aufgebaute Netzwerk bilateraler Verträge sowie die faktischen Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse lassen trotz unverändert vorhandener Widerstände in manchen NFSU vielmehr eher eine (Re-)Integration nach dem Vorbild des Warschauer Paktes erwarten. Im Gegensatz zu diesem könnten allerdings weniger integrationsbereiten Staaten auch abgestufte Assoziationsmöglichkeiten angeboten werden. Eine (Re-)Integration der abgestuften Intensitäten und unterschiedlichen Geschwindigkeiten scheint insofern die derzeit wahrscheinlichste militärpolitische Entwicklungsprognose zu sein.

Wenngleich so einerseits der konföderative Charakter beim angestrebten Aufbau eines Systems kollektiver Sicherheit wohl erhalten bleiben wird, ist andererseits eine russische Dominanz der militärpolitischen Sicherheitsvorsorge auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion auf absehbare Zeit weitgehend alternativlos. Der noch 1992 spürbare nationale militärpolitische "Aufbruch" ist einer breiten, russisch gesteuerten und dominierten militärpolitischen Wiederannäherung gewichen. Da die Rollen als "Unterstützer und Sicherheitsgarant", "Friedensstifter", "Ordnungsmacht" und "Besatzungsmacht" sehr eng beisammen liegen, die Übergänge zudem oftmals fließend sind und Begriffe nur allzu leicht mißbräuchlich instrumentalisiert werden, ist der eingetretene Wandel gerade angesichts der unsicheren innenpolitischen Entwicklung und der Zukunft des Transformationsprozesses in Rußland ein Wandel mit Gefahren - Gefahren für die Selbstbestimmungsrechte der NFSU, Gefahren für den Reformprozeß in Rußland, aber auch Gefahren für die Stabilität und Sicherheit der gesamten Region!

---

[1] So konnten insbesondere die inhaltlich konkreteren und verbindlicheren Dokumente über einen gemeinsamen Grenzschutz sowie eine gemeinsame Luftverteidigung nicht verabschiedet werden. Auch der angestrebte Pakt über die Wahrung des Friedens und der Stabilität in der GUS mußte auf die relativ unverbindliche Form eines Memorandums zurückgestuft werden. Vgl. Steven Erlanger, CIS Summit Fails to Agree on Security and Trade, in: International Herald Tribune, 11.2.1995, S. 1/5 sowie die Gipfelberichterstattung, in: SWB, SU/2228, 15.2.1995, S. A/1-9.

Anhang

Tabelle 1

Die Aufteilung des sowjetischen Erbes
(Aufteilung der KSE-Obergrenzen gem. Übereinkunft v. 15.5.1992/*Ist-Bestand Anfang 1993*)

	Personal-stärke in Tsd.	Kampf-panzer	gepanzerte In-fantriegefechts-fahrzeuge	Artilleri esysteme	Kampf-flugzeuge	bewaffnete Hubschrauber
Armenien	*15*	220 *210*	220 *450*	285 *330*	100 -	50 *10*
Aserbaidschan	*12*	220 *310*	220 *900*	285 *350*	100 -	50 *5*
Belarus	*133*	1800 *3800*	2600 *4400*	1615 *1300*	260 *625*	80 *440*
Georgien	*20*	220 *230*	220 *210*	285 *160*	100 -	50 -
Kasachstan	*50*	keine* *4700*	keine* *5900*	keine* *7800*	keine* *350*	keine* *300*

Kirgistan	*??*	keine* *260*	keine* *350*	keine* *270*	keine* -	keine* *40*
Moldawien	*10-15*	210 -	210 *160*	250 *130*	50 -	50 -
Rußland	*1900*	6400 *>31500*	11480 *>30800*	6415 *>37000*	3450 *>4100*	800 *>2850*
Tadschikistan	*??*	keine* *??*	keine* *??*	keine* *??*	keine* *??*	keine* *??*
Turkmenistan	*27*	keine* *880*	keine* *1800*	keine* *900*	keine* *170*	keine* -
Ukraine	*500*	4080 *6400*	5050 *8100*	4040 *4100*	1090 *1300*	330 *1200*
Usbekistan	*??*	keine* *5600*	keine* *2700*	keine* *1550*	keine* *190*	keine* *190*

Anm.: Die Zahlenangaben zu den Ist-Stärken Anfang 1993 basieren auf IAP-Dienst Sicherheitspolitik, Nr. 9/1993, S. 5. Die KSE-Obergrenzen sind dem Protokoll von Taschkent vom 15.5.1992 zu entnehmen. Übersetzter Abdruck in SIPRI, Yearbook 1993, S. 672 ff.

* Keine Obergrenzen, da außerhalb des KSE-Vertragsgebietes.

Tabelle 2

Wichtige Aspekte der konzeptionellen militärpolitischen Vorstellungen Rußlands

- **Abstützung auf Nuklearstreitkräfte**

++ zu glaubwürdiger Abschreckung befähigt

- **"Bewegliche Verteidigung"**
  - ++ präsente, einsatzbereite, grenznah dislozierte "Deckungstruppen"
  - ++ reaktionsfähige, zentral stationierte "Mobile Kräfte"
  - ++ mobilmachungsabhängige "Reservekräfte"
- **Aufbau "Mobiler Kräfte"**
  - ++ operativ-strategischer Großverband
  - ++ bestehend aus sofort einsetzbaren Kräften (d.h. innerhalb von 4-10 Stunden) und aus rasch verlegbaren Truppen (d.h. innerhalb von 3 Tagen)
  - ++ zum Zusammenwirken befähigte Elemente aus mehreren Teilstreitkräften
  - ++ Gesamtstärke 150.-200.000 Mann
  - ++ Aufbau bis 1995 vorgesehen
- **Zusammenfassung von Teilstreitkräften** (sehr umstritten!)
  - ++ derzeit: Land-, Luft-, Luftverteidigungs- und Seestreitkräfte sowie strategische Raketentruppen
  - ++ bis 2000 Vereinigung von Luft- und Luftverteidigungsstreitkräften
  - ++ nach 2000 nur noch Land- und Seestreitkräfte sowie vereinigte Luft-Weltraum-Truppen
- **Territorialprinzip**
  - ++ territoriale, teilstreitkraftübergreifende Führung aller Kräfte und Mittel in einer Region durch das jeweilige Territorialkommando
  - ++ vier Territorialkommandos geplant (Nord, Süd, Fernost und Ural-Transbajkal)
  - ++ regionale Gewährleistung der Sicherheit durch Befehlshaber Territorialkommando
  - ++ Befähigung der Territorialkommandos zu autonomer Kampfführung
- **Spezielle Kräfte für "Friedensoperationen"**
  - ++ Teil der "mobilen Kräfte"
  - ++ derzeit 2 Divisionen vorgesehen
- **Stationierungen auch außerhalb der Russischen Föderation**
  - ++ Planung: 30 Stützpunkte im "Nahen Ausland"
- **Personalumfang**
  - ++ stufenweise Reduzierung
  - ++ Ende 1994: 1,917 Mio. Mann
  - ++ Ende 1995: 1,7 Mio. Mann
  - ++ Ende 1996: 1,5 Mio. Mann
- **Mischrekrutierung/Professionalisierung**
  - ++ Ziel: etwa zwei Drittel Berufs- und Zeit(Vertrags-)soldaten, etwa ein Drittel Grundwehrdienstleistende

Anm.: Die Zusammenstellung basiert auf unterschiedlichen westlichen und russischen Quellen.

Tabelle 3

Militärpolitische Lage der NFSU

	Personalstärke (in Tsd.)	russ. Truppen (in Tsd.)	P	G	A	F	H
Armenien	10-15	5	129 *180*	225 *240*	225 *130*	6 -	13 *7*
Aserbaidschan	60	1	279 *220*	320 *220*	354 *285*	53 *100*	6 *50*
Belarus	90	9-15	3108 *1800*	2386 *2600*	1584 *1600*	378 *700*	78 *80*
Georgien	11	5-18	41	70	7	2	1
Kasachstan	50-150	1	1100 *1200*	- *1500*	1850 -	178 *370*	48 *25*
Kirgistan	11-14	2-3	204 *30*	277 *75*	216 -	133 *250*	- -
Moldawien	10	7-8	0	56	138	31	0
Rußland	< 1500	-	18716 *6400*	- *11480*	18775 *8415*	3295 *3450*	1001 *890*
Tadschikistan	10	11-24	180	-	185	0	0

Turkmenistan	25-100	15	570 *750*	288 *1400*	330 *250*	165 -	0 -
Ukraine	500-700	15-50	4390 *4000*	3026 *5000*	3700 *4000*	1450 *1900*	270 *320*
Usbekistan	18	5-12	125 *280*	700 *780*	510 -	142 *265*	50 *24*

P = Kampfpanzer

G = gepanzerte Infantriegefechtsfahrzeuge

A = Artilleriesysteme

F = Kampfflugzeuge

H = bewaffnete Hubschrauber

Anm.: Die Angaben wurden aus verschiedenen westlichen und russischen Quellen zusammengestellt. Die Zahlenangaben zu den Waffensystemen basieren auf den in Umsetzung der KSE-Vertragsvereinbarungen gemeldeten Daten zum 1.1.1994 (Quelle: IISS - The Military Balance 1994-1995). Die Zahlenangaben in Kursivschrift basieren auf nicht überprüfbaren, aktuelleren Zahlen russischer Medien (Quelle: TV-6 Moskau, 19.11.1994; Moskovskij Novosti, 27.2.1994)

Tabelle 4

Die NFSU und die GUS			
Vertragsart	Gründungsvertrag der GUS vom 21.12.1991	Satzung der GUS vom 22.1.1993	Vertrag über kollektive Sicherheit vom 15.5.1992
Armenien	x	Entschließung unterzeichnet/ Ratifizierung noch offen	x
Aserbaidschan	x (24.09.1993 Wiedereintritt)	x	x (September 1993)
Belarus	x	Entschließung unterzeichnet/ Ratifizierung noch offen	x (Dezember 1993)
Georgien	x (09.10.1993)	x	x (September 1993)
Kasachstan	x	x	x
Kirgistan	x	Entschließung unterzeichnet/ Ratifizierung noch offen	x
Moldawien	x (08.04.1994)	x	-
Rußland	x	x	x

Tadschikistan	x	x	x
Turkmenistan	x	-	-
Ukraine	x	-	-
Usbekistan	x	Entschließung unterzeichnet/ Ratifizierung noch offen	x

Quellen: Die Aufstellung basiert auf einem Aufsatz von Boris Meissner, Das politische Paktsystem innerhalb der GUS, in: Reader Sicherheitspolitik (Beilage zur Information für die Truppe, Nr. 2/1995) sowie diversen Medienberichten.

Tabelle 5

Militärpolitisch relevante bilaterale Verträge Rußlands mit den anderen NFSU					
Vertragsart	1	2	3	4	5
Armenien	-	29.12.1995	-	x	x
Aserbaidschan	-	15.10.1992	-	x	in Verhandlung
Belarus	-	-	21.02.1995	x	x
Georgien	-	-	03.02.1994	x	x
Kasachstan	25.05.1992	-	-	x	x
Kirgistan	10.06.1992	-	-	x	x
Moldawien	-	-	-	x	-

Tadschikistan	25.05.1993	-	31.08.1992	x	x
Turkmenistan	-	-	31.07.1992	x	x
Ukraine	-	-	in Verhandlung	x	-
Usbekistan	-	-	30.05.1992	x	?

Vertragsarten:

1 = Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand (beinhaltet Bekenntnis zum gemeinsamen strategischen Raum sowie eine Beistandsklausel ohne Automatismus)

2 = Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Sicherheit (beinhaltet militärische Kooperation, aber keine Beistandspflicht)

3 = Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit (beinhaltet militärische Kooperation, aber keine Beistandspflicht)

4 = Militärabkommen (militärische Kooperation unterschiedlichster Art und Intensität)

5 = Grenzschutzabkommen (die entweder gemeinsame Grenzsicherung oder Sicherung durch russische Kräfte vorsehen)

Quellen: Die Aufstellung basiert auf einem Aufsatz von Boris Meissner, Das politische Paktsystem innerhalb der GUS, in: Reader Sicherheitspolitik (Beilage zur Information für die Truppe, Nr. 2/1995), einem Artikel des Oberbefehlshabers der russischen Grenztruppen in: Granièa, Nr. 1/1994 sowie diversen Medienberichten.

Heinrich Tiller

Developments in Military Policy in the Soviet Successor States (Part II)

Bericht des BIOst Nr. 27/1995

Summary

Introductory Remarks

The first part of this examination of developments in military policy in the Soviet successor states focused mainly on the national planning and activities of the non-Russian successor states. Part II is devoted in part to Russian military policy and its implications for the other successor states and in part to the process of military co-operation on the territory of the former Soviet Union.

Findings

1. ***The dissolution of the Soviet Army which accompanied the collapse of the Soviet Union threw into question not only Russia's social and economic identity but also its military security. The main threat to Russia's security is perceived as emanating from its southern border. The danger that the numerous ongoing or latent conflicts and wars in that region might spill over into Russia is one of the main fears of the Russian military establishment. Although NATO is no longer cast as the official enemy, many members of the military and even quite a number of politicians still think of it in these terms.***
2. ***The main goal of Russia's military policy is to help to secure the sovereignty and territorial integrity of the country and support its re-integration in the international community as a recognised superpower with its own geopolitical interests. The overwhelming majority of the military leadership sees Russia less as a national state on a par with the other Soviet successor states than as a military superpower with a claim to military dominance of the region. Moreover, it is clearly not interested in a multilateral military structure or in the West's gaining influence on the territory of the former Soviet Union and is striving instead for the preservation, or rather the restoration, of a common strategic space. The external borders of the other successor states are regarded by Moscow as the forward frontiers of Russia. A withdrawal from the other successor states would be perceived by many members of the military as tantamount to granting other powers strategic access to Russia. In addition, not only the military but others too believe that in view of Russia's current economic weakness, its status as a self-assured world power whose voice is respected can now be guaranteed only through effective military strength.***
3. ***In shaping its military policy to the "near abroad" Russia has adopted a very pragmatic approach and has sought to promote its interests through multilateral, bilateral, and even***

unilateral channels where these seemed necessary or appropriate. Alongside the containment of crises that were perceived as threatening, this policy consisted in the main of a de facto consolidation of Russia's position as the leading military power on the territory of the former Soviet Union as well as the—mainly retrospective—legal anchoring of this position. In addition, efforts were made through the conclusion of treaties to strengthen multilateral integration, which is designed to guarantee Russia's leading international role as well.

4. *As a security provision and deterrent to any kind of aggression Russia is intent on maintaining an elite rapid deployment force equipped with the best modern weaponry. In its planning the General Staff has concentrated on the creation of limited military structures capable of rapid deployment and intervention primarily on the territory of the former Soviet Union that can be used both for local (low intensity) and larger conventional wars. The importance of nuclear weapons in Russia's strategic planning has increased. Russia also intends to replace the original echelon defence system along its entire border with a highly flexible and mobile defence force that will be supported by the development and acquisition of new high-precision weapons. The establishment of "mobile forces" is to be given high priority.*

5. *In Russia discussion of "military reform" tends to be confined to the technical sphere. A thorough, politically driven military reform that is in tune with the requirements of the armed forces of a democratic state has scarcely been undertaken. Despite intensive efforts on the part of the military leadership Russia's armed forces are in a grave predicament that is aggravated by economic, political and social decline. The problem is made worse still by what is perceived as the catastrophic financing of the armed forces. This situation threatens not only the maintenance or restoration of combat-readiness—to say nothing of ambitious modernisation plans—but also impinges to a frightening degree on the social standing and motivation of members of the armed forces. As a result military planning in Russia is still greatly hampered by a lack of fiscal realism.*

6. *Russian military policy towards the "near abroad" varies from country to country and situation to situation according to political partners, goals and local conditions. The chief spheres of activity are "peace operations," "deployment policy" and "support for the national military policies of other successor states." Activities of this kind are no doubt an expression of Moscow's desire to contain smouldering conflicts on its borders and to minimise the risks to the country's security. At the same time they are regarded, at least by Russia's military establishment, as a means of preserving strategic positions and options and ultimately a Russian troop presence and thus also as a way of legitimising Russian influence in the regions of the former Soviet Union.*

7. *After almost four years of national politics Russia now sees itself as playing an undisputed key military role among the Soviet successor states. Having consolidated its foreign military policy, it has established in most of these states a long-term military presence both de facto and in the form of agreements. A series of bilateral treaties has been concluded among the Central Asian successor states, Armenia and Russia, with Russia at the centre.*

This network of military co-operation is the product of a common will and is marked by a dependence on Moscow from which the states in question will be unlikely to be able to extricate themselves in the foreseeable future. It largely satisfies the common need of the partner states for effective military protection and additionally provides the non-Russian treaty signatories with urgently needed assistance in forming their own military structures that even extends as far as the active engagement of Russian troops. For Russia, however, the confinement of its military influence to Central Asia and Armenia makes no sense either in military or political terms. Accordingly, Russia has managed to exploit internal strife and power struggles and military defeats in the Transcaucasus, which affected Georgia and Azerbaijan in particular, to improve its own position and it has shown both flexibility and consistency in doing so. A perceptible improvement in military relations, especially with Georgia, has been instrumental in perpetuating the Russian presence and Russian influence in the Transcaucasus and in consolidating what for Moscow had become a rather shaky strategic position in the region. Russia has thus managed to prevent the emergence of military spheres of influence of other states and to secure the commitment of the bulk of the Soviet successor states. It has succeeded in creating a de facto buffer zone around its heartland and in winning closely dependent allies on three decisive axes (Belarus to the west, Kazakhstan to the east, and Georgia to the south-west). At the same time, the consolidation of Moscow's military position within the CIS has strengthened its standing as an international superpower and improved the basis for a Russian-dominated military-political alliance on the territory of the former Soviet Union.

8. *The non-Russian successor states are faced with the dilemma of needing Russia without fully trusting her. Nevertheless, they have all recognised and accepted that it is impossible to pursue a military policy that either opposes or ignores Russia. Against this background both Georgia and Belarus have sought to join the Central Asian states and Armenia in forming a close military dependence on Russia in the form of a series of bi- and multilateral agreements. Thus forced to relinquish a large measure of sovereignty with regard to military policy as the price for the security guarantees that Moscow offers and that they deem essential, these states are nonetheless trying to avoid total dependence.*

9. *The group of states that continue to emphasise self-determination and are trying to keep their distance from Moscow with regard to military policy has grown smaller and now consists primarily of Ukraine and Moldova as well as, with certain reservations, Azerbaijan. Even in these states, however, de facto dependence and local deficiencies have led to a movement towards closer military co-operation with Moscow. Against this background and in view of the serious economic predicament that all the Soviet successor states find themselves in, a process of military consolidation and rapprochement with Moscow seems inevitable in the medium term. In the foreseeable future this process would appear to be threatened more by the continuing unstable social and economic situation in Russia and by domestic political developments than by any attempt on the part of the non-Russian successor states to detach themselves from Moscow, which scarcely looks likely at present.*

10. ***Despite the conclusion of a series of bilateral agreements that came about as a result of Russian pressure, co-operation at the multilateral level is not dead. Instead, it looks as if Moscow is deliberately keeping alive "institutions of hope" in order to use these, at a politically opportune moment, as the pillars of a new alliance on the territory of the former Soviet Union. Plans for such an alliance have already been elaborated by Russia. Their implementation is in progress—despite unmistakable obstacles—and appears to be characterised by the concept of (re-) integration from below.***

11. ***It is to be expected that Russia will try to strengthen further its military consolidation within the CIS—in some cases in accord with other Soviet successor states. Together with a possible horizontal extension of close bilateral co-operation, recently concluded treaties with Armenia and Kazakhstan suggest that a second phase of consolidation concentrating more on vertical relationships is beginning that could lead to the emergence of more bilateral military structures. Although the emphasis is likely even in the future to remain on bilateral co-operation, Russia as well as Kazakhstan, Tajikistan, Kyrgyzstan, and perhaps others too, are evidently endeavouring to press ahead with the establishment of multilateral structures. It remains to be seen what the result will be ultimately of this military consolidation process. Re-integration in the sense of a resurrection of the Soviet Army without any ideological underpinning would appear to be just as unlikely as a new form of integration based on an alliance of states with absolutely equal military status. Experience with the currently existing military-political CIS bodies and their identifiably Russian planning, the established network of bilateral treaties and the de facto power and dependency relationships all suggest a re-integration modelled on the Warsaw Pact as the most likely option, despite continuing resistance in some successor states. An alternative for those states less inclined to join this process of integration could be a looser association. A multi-track (re-) integration would thus appear to be the most likely prognosis at present.***